

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.

Gemarz. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Reichenbach, sowie des Gemeinderates Gröba.

Hochschulnotor: Dresden 1539
Gesetzliche Riesa Nr. 52

Nr. 207.

Dienstag, 5. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Druckschrift-Seite (6 Silben) 9.— Mark; jezuwandernder und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachzeichnungs- und Vermittelungsgebühr 2.— Mark. Festive Kartes. Bewilligter Stabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtümliche Unterhaltungsabteilung "Fröhlicher an der Elbe". — In Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Erscheinungen des Betriebes der Druckerei, der Distanzien oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenstellte: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sund eingefangen. Binnen 3 Tagen abzuholen, andernfalls über ihn verlegt werden wird.

Der Rat der Stadt Riesa, am 4. September 1922.

Für die Elbfähren im III. (Meißen) Elbstromamt bestehende ist ein neues Gebührenverzeichnis aufgestellt worden. Es kann bei den betreffenden Fährmeistern, an Amtsstelle Meißen und Dresden eingesehen werden.

Meißen, den 1. September 1922.

Amtshauptmannschaft Meißen als Elbstromamt.

Vertisches und Sächsisches.

Riesa, den 5. September 1922.

* Erhöhung der Margarinepreise. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, dürften die Niederelbischen Margarinefabriken ihre Preise um etwa 20 bis 30 Mark pro Pfund weiter herabsetzen. Die unter holländischem Einfluss stehenden Margarinefabriken reden mit einem Preis auf der Basis von 32 Cent, was bei dem jetzigen Goldentstand einem Preis von 150 bis 180 Mark pro Pfund entsprechen würde. Der leichte Preis für Margarine stand bekanntlich auf 178 Mark pro Pfund für die billigste Qualität.

* Die Preiserhöhung für Inlandszucker, zu der die Zuckerwerksstelle des Vereins der deutschen Zuckerindustrie sich genötigt gesehen hat, beträgt pro Zentner 1200 Mark. Für den Rest der Ernte 1921/22 stellt sich danach der Preis des gewöhnlichen gemahlenen Zuckers (Pfels) bei Lieferung ab Fabrik in Magdeburg pro Zentner 2500 Mark, das ist kaum ein Drittel des Preises für Auslandszucker.

* Die Einweihung des neuen Superintendents von Großenhain, Herrn Pastor Scherfing, erfolgte am Sonntag vormittag durch Herrn Konistorialrat Dinter. An die Einweihungsrede schloß sich die Verpflichtung, worauß die Kirchenvertretung und die Weltlichen dem neuen Coborn's Glück- und Segenswünsche durchbrachten. Seiner Antrittsrede legte Herr Superintendent Scherfing die Schriftworte 1. Coloss. 4, 1-5, zu Grunde. Er betrachtet diese als ein Bekenntnis zum Glauben seines Dienstes, als ein Gelöbnis der Treue in seinem Dienste und als eine Bitte um Gnade für seinen Dienst. Zum Schlusse wandte sich der Herr Ephorus an die Gemeinde mit der Frage: Was soll ich von euch halten? Sagt mich Treue unter euch finden! Treue gegen Gottessucht, gegen den lebendigen Herrn, gegen die Gemeinde. Wenn wir so zusammenstehen, dann wird Gott unseren Bund segnen. Das Gotteshaus wies einen starken Besuch auf.

* Bella chint kommt! Am Freitag, den 8. September, findet in Höpners Hotel eine große Vorstellung dieses berühmten Experimentalkünstlers statt. Die Vorführungen erzielten überall großen Erfolg. Sie sind nicht nur unterhaltsam, sondern auch lehrreich, sodass sich dieser Abend auch hier zu einem besuchswerten gestalten wird.

* Bundesfest des evang. Jungmännerbundes in Mittweida, 2.-3. September 1922. Der Sonnabend Vormittag galt den Wettkämpfen, abgehalten auf dem Sportplatz Altmitteida, der Nachmittag den Schwimmwettkämpfen. Sonnabend abend fand in der prächtig geschmückten und dichtgefüllten Stadtkirche der Gottesdienst statt. D. Buchwald, Sup. in Roßlitz, schloss mit seinen beiden Worten "Vertiefung und heilige Begeisterung" den rechten Ton an. Die ausgegebene Parole fand eine vielfache Unterstreichung am Feuerstof. — Der Sonntag Morgen rief eine andächtige Menge auf den neuen Friedhof zur Morgenandacht. Der Gottesdienst begann um 8 Uhr brachte in dem weit überfüllten Gotteshaus die Auslegung der Tageslosung: Matth. 23,8 durch den Pfarrer des Bundesvorstandes, Oberlehrer Steiner, Dresden in so schlichter und berzendender Weise: 1. Christus euer Meister, 2. ihr alle seid Brüder. Den Höhepunkt brachte die Jugendtagung im dichtgefüllten Schulhausamt, in der der Bundeswart Volrat Müller in seiner packenden und zündenden Weise über das Hauptziel in unserem Bunde sprach, und dazu das vielseitige und doch einmütige Gesangslied: in unserem Bunde soll die Pflege des Evangeliums nicht bloß eine wichtige Arbeit, sondern die zentralarbeit werden. Der Appell an die Osterwilligkeit fand eine eindrückliche Annahme und einen praktischen Ausdruck in der Saatammlung von 12 000 Mark. Ein eindrucksvolles Zeugnis von der Lebendigkeit des religiösen Gedankens in der Jungmännerwelt legte der fast nicht enden wollende Beitrag zu den Wettkämpfen auf dem Sportplatz zu Altmitteida ab. Den Abschluss des Sonntags bildete nach einer Feierstommung am Abend in der Stadtkirche mit Ansprachen von Pf. No über littlische Reinheit und Pf. o. Junke über Heimatschutz ein Festzug durch die Stadt.

* Teuerungsmassnahmen für Militärrentner. Der Reichsarbeitsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats aus Anlass der am 14. August d. J. eingetretenen Preiserhöhung und der weiteren Zunahme der allgemeinen Teuerung mit Wirkung vom 1. September d. J. im Verordnungsweg die Teuerungszuschläge für Militärrentner nach dem Gesetz vom 21. Juli d. J. wesentlich erhöht. Sie betragen nunmehr monatlich für einen Schwerbehinderten bei einer Minderung des Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 800 Mark, um mehr als 80 v. H. 1200 Mark, für eine Witwe 800 Mark, für eine wortlose Witwe 400 Mark, für eine elternlose Witwe 500 Mark, für einen Elternteil 600 Mark und für ein Elternpaar 1000 Mark, für Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Haushaltes und für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe 600 Mark. Schwerbehinderte, die nur auf Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben, nicht imstande sind, erhalten 1000 Mark, eine Witwe unter den gleichen Voraussetzungen 1200 Mark. Für Kinder von Schwerbehinderten und Hausgeldempfängern wird ein Aufschlag von 800 Mark gewährt. Durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge werden auch die Einkommengrenzen, die für die Bemessung

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1423 Mark.

der Teuerungszuschüsse maßgebend sind, entsprechend erhöht, so dass ein höherer Personalkreis als bisher zum Bezug eines Teuerungszuschusses berechtigt ist.

* Sachsen's Kinderseebad auf Rügen. Eine eigenartige und unerwartet segensreiche Verbindung hat eine der beiden im Kriege entstandenen Marinestützpunkte am Wicker Bodden im Nordwesten der Insel Rügen gefunden. Dort waren an dem gegenüber der bekannten kleinen Reuchturnminie Hiddensee von einem ganz schmalen Landstreifen von der See abgeschnitten Bodden die beiden bedeutenden Flugschwünke Wiel und Zug entstanden. Das ausgedehnte und recht solid erbaute Barackenlager von Wiel ist nun in den letzten zwei Jahren zu einem Kinderheim ausgestaltet worden, das von sächsischen Städten, in erster Linie von Chemnitz aus, entwickelt und beschafft worden ist. Das Seehotel ist insofern sehr ähnlich gelegen, als es gegen Norden und Ostwind völlig geschützt ist, was bei einem andern Plan, der die Errichtung eines sächsischen Kinderseehofs auf Hiddensee vorsah, nicht der Fall gewesen wäre. Ferner ist es wirtschaftlich dadurch besonders gut geklappt, als bei den Baracken etwa 15 Hektar fruchtbaren Boden vorhanden sind, so dass Gemüse und Kartoffeln zunächst und ein kleiner Viehstand gehalten werden kann. Ein Verwaltungsbau ist, an dem das Ministerium des Innern, das Landesamt für Kriegerfürsorge, die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Bautzen, das Landesamt für "Stadtinder auf Land" und das Sächsische Rote Kreuz beteiligt waren, konnte 1921 schon in vier Belegungen je 600 Kinder in Wiel unterbringen, wo sie fast täglich in der See baden und so viel verspielt werden konnten, das sich ein sehr beachtlicher Kurzfolg ereignete. 1922 wurde die Belegung derart erhöht, dass in diesem Jahre in Wiel 4000 Kinder je vier Wochen lang Aufnahme finden konnten. Der Vertrag, der 1920 auf den sehr geringen Betrag von 200 Mark, was ungefähr ein Drittel bis ein Viertel der sonst von der Wohlfahrtspflege für Aufenthalte an der See aufgewendeten Betriebskosten ausmachte. Nun bedrohten die genannten sächsischen Städte, dazu noch Bautzen, Freiberg, Bautzen, Bautzen, Bautzen, das Landesamt für Kriegerfürsorge, die Landesverdienstauskunft und der Verband der Bezirksverbände, in die Bildung einer G. m. b. H. einzutreten, um das Barackenlager Wiel vom Reich für den Betrag von 12 Millionen Mark läufig zu erwerben. Nachdem in einer am 30. August abgehaltenen Versammlung auch der Verband der Bezirksverbände dem Plan beigetreten ist, dürfte dieser gesichert sein. Außer dem Erwerbspreise sollen noch zwei Millionen Mark zu Lagerverbesse rungen und als Betriebskapital aufgebracht werden. Ein Arbeitsausschuss unter dem Vorsteher des Ministerialrats Dr. von Bredius als Vertreter des Ministeriums des Innern, mit Amtshauptmann Dr. Schulz für den Verband der Bezirksverbände, Ministerialrat Dr. Barnewitz vom Landesamt für Kriegerfürsorge und Stadtrat Schäfer als Vertreter des augenblicklichen Verwaltungsausschusses des Kinderheims sowie der Stadt Chemnitz, wird die Ausführung dieser wichtigen und interessanten Beschlüsse beaufsichtigen.

* Die sächsische Regierung und die Umwandlung des Ortszuschlages in ein Wohnungsgeld. Auf eine Eingabe des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Beamtenbundes, in der eine Reihe von Befolklungsveränderungen, unter anderem die Beseitigung des Ortszuschlagsproblems und dessen Ersatz durch ein vereidigtes Wohnungsgeld, die Beseitigung der Überteuerungszuschläge und die Erhöhung der Grundgehälter gefordert wurden, hat das Personenamt unter anderem folgendes geantwortet: "Die Umwandlung des Ortszuschlages in ein Wohnungsgeld wird sowohl von der sächsischen Regierung wie von der Reichsregierung angestrebt. Die Maßnahme steht aber, wenn sie nicht wiederum zu erheblichen Belastungen der Beamten führen soll, gründlich und gewissenhaft erhebungen über die Wohnungskosten voraus, die ein brauchbares Ergebnis erst dann erreichen können, wenn das Reichsmietengesetz durchgeführt wird. Da dies erst nach dem 1. Oktober allgemein der Fall sein kann, war es nicht möglich, bei der jüngsten Erhöhung der Beamtenbezüge auf eine solche grundsätzliche Änderung zu kommen. Die Wirtschaftsbehörden sowohl als möglich aus dem System der Beamtenbefolklung wieder zu befreien, ist ebenso das Bestreben der sächsischen Regierung wie der Reichsregierung. Die Umgestaltung des Ortszuschlages wird voraussichtlich dazu Gelegenheit bieten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer Befreiung der Wirtschaftsbehörden und Überteuerungszuschläge zweifellos nicht zu erlangen gewesen. Ein eingeschränkter Ausbau des Systems der Wirtschaftsbehörden erscheint weder der sächsischen Regierung, noch der Reichsregierung möglich. Die Abgrenzung von Wirtschaftsbehörden begegnet im wesentlichen den gleichen Schwierigkeiten, wie die Bildung der Ortsklassen. Der Ausbau der Wirtschaftsbehörden würde übrigens die grundlegende Neugestaltung des Ortszuschlages nur ermöglichen und die darüber später aufzunehmenden Verhandlungen belägen. Aus diesem Grunde ist auch im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo mit einer baldigen, grundlegenden Neuregelung zu rechnen ist, eine Abgrenzung auf dem Gebiete der Wirtschaftsbehörden nicht für zweckmäßig gehalten worden."

* Die Schnellzugszuschläge für die erste Klasse. Auf Grund einer Anregung des Reichsbahnrates werden die Schnellzugszuschläge für die erste Klasse in Zukunft höher festgesetzt als für die zweite Klasse. Von 1. Dezember 1922 ab betragen die Schnellzugszuschläge für die erste Klasse in Zone 1 70 Mark, in Zone 2 150 Mark und in Zone 3 225 Mark.

* Wiederaufbau des Friedenspolster in den Eisenbahnwagen. Die Polster der neuen Personenzugwagen 1. und 2. Klasse sollen von der Winterlieferung 1922/23 an wieder mit dunkelrotem Eisenbahnpolster bezogen werden. Die 2. Klasse erhält den schwarzen und braungestreiften Plüsch, der in der Qualität wieder dem Friedenspolster nahekommen wird. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die Wirtschaftlichkeit der Feder- und Papierbezüge nicht im entferntesten an die des Plüschmaterials heranreicht.

* Falsche Reichsbanknoten zu 500 Mark. Von dem seit Anfang August d. J. dem Verkehr zugesetzten Reichsbanknoten zu 500 Mark mit dem Datum des 7. Juli 1922 sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche, da es sich um rohe Nachbildungen handelt, unsicher zu erkennen sind. Den Fälschungen fehlt teilweise die Hauptmerkmale der echten Noten und zwar: der rechtsseitig befindliche himmelblaue gestickte Grund mit den eingewickelten roten Blättern, sowie das auf echten Noten in der Durchsicht gut erkennbare Wasserzeichen, das sich aus zwei farbigen verschlungenen Bändern zusammensetzt, von denen das eine mit dunkler Randbegrenzung die hellen Wertzahlen „500 Mr.“ und „500 Mr.“ trägt. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr mangelhaft nachgeahmt. Vor Annahme dieser Nachbildungen wird gemahnt und ganz besonders empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten, vorbeschriebenen Wasserzeichens und des echten Farbkreisels zu achten. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, dass das Reichsbankdirektorium für die Bekämpfung von Falschmünzerwerkräten und für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Festnahme und Bestrafung von Herstellern und wissentlich verbreiteten von falschen Reichsbanknoten führen, Belohnungen ausgelobt hat, die im Einzelfalle, je nach der Gefährlichkeit der Fälschtheit, dem Umfang des Münzverbrechens und dem Platz der Beihilfe bei der Aufdeckung bis zu einer Höhe von 50 000 Mark bemessen werden und sowohl an Fabrikationsbeamte als auch an Privatpersonen zur Verteilung kommen können. Auch in den Fällen werden angemessene Belohnungen gezahlt, in denen durch die Aufmerksamkeit des Bürokums und der Beamten Münzverbrechen verhindert werden.

* Tagung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung. Gelegentlich des Naturforsch- und Heimatetages findet die diesjährige Versammlung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung statt, für die eine Ausstellung von vogelhygienischen Untersuchungsmitteln: Toteln, Plataten, Vogelbildern, Filmen, Präparaten und vogelhygienischen Schriften, einschließlich Mierblättern, Flugschriften u. a. geplant ist. Anmeldungen hierfür sind nach Dresden, Schloßstr. 25, zu richten. Es werden auf der Ausstellung Material von der Bingergesellschaft, dem Deutschen Hygienemuseum u. a. zur Vorführung kommen.

* Verbraucher und Preissteigerung. Der Verband der Landwirte im Erzgebirge rechtfertigt die teigigen hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte (Vieh, Butter, Milch, Eier u. a.) durch folgende Rundgebung: Der Preis der landwirtschaftlichen Produkte muss derart gestaltet sein, dass die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes, die Erzeugung von Lebensmitteln im bisherigen Umfang, gesichert ist. Hierzu sind aber, so wenig dieses von der Landwirtschaft selbst gewünscht wird, die heutigen Preise notwendig. Die Landwirtschaft braucht zur Fortführung ihres Betriebes in erster Linie Düngemittel, in zweiter Linie Maschinen, die in der Hauptfläche aus Holz und Eisen unter Zahlung teurer Löhne und teurerer Frachten hergestellt werden. Die Preise für Düngemittel steigen von Woche zu Woche, desgleichen auch die Preise für Maschinen. Die Erhöhung erfolgt gewöhnlich im August von 80 bis 100 Prozent. Auf die erst vor einigen Wochen erhöhten Löhne fordern die Arbeiter bereits heute einen 100prozentigen Aufschlag. Die Preise der Milchprodukte entsprechen heute noch bei weitem nicht den Verbrauchs kosten. Die Milchwirtschaft soll aufrechterhalten werden. Der Landwirt hätte unter heutigen Verhältnissen eine weit günstigere Bewertung aller in der Wirtschaft erzeugten Buttermittel, wenn er diese nicht ans Vieh verfüttern, sondern verkaufen würde. Er muss sich also für die Verbrauchslokale die Preise anrechnen, die er für seine Erzeugnisse anderweitig erhalten würde. Die Butterpreise stehen von jetzt in einem gewissen Verhältnis zu den Preisen für Kunstmilchfette. Butter ist ein wertvoller Product als Kunstmilchfett. Nach den neuen Preisfestsetzungen stehen jedoch die Preise für Butter und Kunstmilchfett ziemlich gleich. Die Fleischpreise werden nicht von der Landwirtschaft gemacht, sondern auf den Schlachtwiehmkästen durch Angebot und Nachfrage geregelt. Die sächsische Landwirtschaft ist hierbei fast gar nicht beteiligt. 78 Prozent des auf den sächsischen Schlachtwiehmkästen aufgetriebenen Viehs kommt von außerhalb Sachsen. Zwischen die Landwirtschaft und die Verbraucher liegen sich eine Anzahl Mittelpersonen, die bei dem heutigen geringen Verbrauch und den heutigen hohen Lebenshaltungskosten einen

großen Gewinnanteil beanspruchen. Die Landwirtschaft ist auf Grund der gegenwärtigen Teuerung ihrer sämtlichen Betriebsmittel genötigt, zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes die leichten Preise zu forderen. Wird die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährdet, muß der Betrieb bei geringeren Einnahmen eingeschränkt werden, so würde die Einschränkung den Verbraucher in erster Linie treffen, denn es wären noch weniger Lebensmittel im Auslande erzeugt werden, der Auslauf aus dem Auslande müßte in größerem Maße, als es bisher schon geschah, erfolgen. Die Folge davon wäre eine weitere Erhöhung des Devisenbedarfs und damit eine weitere Verschlechterung unseres Geldes. Die Teuerung würde also nur zunehmen und sich in verstärktem Maße bei den Verbrauchern bemerkbar machen. Es liegt demnach im eigenen Interesse der Verbraucher, es zu dieser Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht kommen zu lassen, vielmehr ihr durch Sabotage, der den heutigen Produktionskosten entsprechenden Preise die Mittel zur Fortführung des vollen Betriebes zu gewähren.

Tr. Bl. Holzhausen. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, wie dies auch von der Amtshauptmannschaft in amtlicher Bekanntmachung bereits getan worden ist, daß sich in Holzhausen und auf dem Truppenplatz Reitbahn je eine ständige Gruppe der Landespolizei-Amts-Riesa befindet, die auf Anruf seitens der Ortspolizeibehörden und Privatleuten auf Gewährung polizeilicher Schutzes zur Verfügung steht. Die Gruppe Holzhausen ist zu erreichen durch Nr. 385 Amt Großenhain und diejenige von Reitbahn unter Nr. 649 Reichsvorsteherstelle oder Nr. 71 Flüchtlingslager, beides Amt Riesa.

* Gebührenverzeichnis für die Elbfähren. Auf der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Meißen als Elbstromamt, betr. das neue Gebührenverzeichnis für die Elbfähren im 3. (Meißen) Elbstromamtsbezirk, in vorliegender Nr. sei hiermit besonders hingewiesen.

* Ein Brief im Fernverkehr 10 M. Vortr. In der gefragten Sitzung des Verkehrsbeirates beim Reichspostministerium erklärte Reichspostminister Giesberts, daß infolge der ungeheuren Geldentwertung die dem Reichsrat bereits zugegangenen Entwürfe als überholt zu betrachten seien. Er legte eine Ergänzung dieser Entwürfe vor. Die jetzt im Verkehrsbeirat zur Debatte stehenden Entwürfe haben folgende Sätze vor: Postkarte im Ortverkehr 8 M., im Fernverkehr 6 M., Brief im Ortverkehr bis 20 gr. 4 M., im Fernverkehr bis 20 gr. 10 M., für Auslandssendungen bis 20 gr. 20 M., für Telegrammgebühren im Ortverkehr 8 M., im Fernverkehr 5 M. Für Fernsprechgebühren soll der Aufschlag, der bisher 100%, betragen, auf 700% erhöht werden. Für Postanweisungen betragen die Gebühren bis 100 M. 6 M., bis 250 M. 8 M., bis 500 M. 10 M., bis 1000 M. 12 M.

* Kriegsbeschädigte Gärtner. Die am 1. Juni 1922 in Pillnitz bei Dresden eröffnete „Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau“ bietet kriegsbeschädigten Gärtner mit guter Allgemeinbildung Gelegenheit, sich im Berufe zu vervollkommen oder eine Sonderausbildung zu erlangen, die es ihnen ermöglicht, ihre durch die Kriegsdienstbeschädigung beeinträchtigte Weitbewerbsfähigkeit zu erhalten. Außer den Hauptlehrgruppen bestehen halbjährige Winter- und mehrwöchige oder mehrtägige Lehrgruppen. Auch werden Gärtnerlehrer angestellt, die nach eigenen, der Zustimmung der Anstaltsleitung unterliegender Wahl die Fächer, die für sie besonders wichtig sind, belegen können und so Gelehrtheit haben, sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf einzelnen Gebieten auszubilden. Aufnahmen gesuchte und Anfragen sind zu richten an den Direktor der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz.

* Schulfeste dürfen keinen liturgischen Charakter tragen. Der an sich selbstverständliche Grund ist, daß man besonders im öffentlichen Leben die religiösen Empfindungen anders Denkender nicht verleben soll, ist für den Unterricht an den öffentlichen Schulen auch durch Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung festgelegt. Deshalb hat das Kultusministerium verordnet, daß in der Schule jede religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichtes unterbleiben soll. Andachten, Gebete und Kirchenlieder sind daher nur in den Religionsstunden zulässig. Schülertum und andere Berechtigungen der Schule dürfen keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen, sondern sind so auszustudieren, daß es jedem Lehrer und jedem Schüler möglich ist, ohne Gewissensbedenken an ihnen teilzunehmen.

* Dresden. Laut „Dresdner Volkszeitung“ sind die Transportarbeiter Montag früh in den Ausstand getreten, nachdem es nicht gelungen ist, die Unternehmer zu ausreichenden Zugeständnissen zu veranlassen. — In der Zeit vom 28. bis 31. v. M. fand wiederum der regelmäßige Lustverkehr von und nach Berlin und Leipzig in der gewohnten außerordentlichen Weise statt. Am 31. August mußte ein Flugzeug bei Weinböhla notlanden, doch ging die Landung glatt vonstatten. Es wurden insgesamt 57 Personen befördert. Obwohl die Preise der Wartentwertung entsprechend hinaufgezogen werden mußten, hat die schnelle Flugzeugverbindung sich doch schon sehr eingebürgert.

Dresden. Am Freitag abend hielt Prinz Max, Professor an der Universität Freiburg, der Bruder des ehemaligen Königs, im überfüllten Saale des „Weinen Schleife“ auf der Winckelmannstraße einen Vortrag über „Lebensstil als Grundlage des Wiederaufbaues“. Prinz Max mußte am Tische stehend vortragen, da er bei einer Verarbeitung kürzlich eine Fußverletzung erlitten hat. Der Redner hat einleuchtend, seinen geistlichen Stand und seine Abstammung vorgelesen zu wollen, nur der Mensch zum Menschen solle sprechen. Unter Volk leide jetzt wie noch niemals zuvor; wollte man die Gesamtheit zur Befriedung bringen, so müsse man zunächst den einzelnen

Wie das Buch entstand.

Die ganze Kultur des Altertums hat sich ohne das Buch in unserem Sinne behalten müssen. Niemand konnte damals beim Lesen behaglich seine Zigarre rauchen oder Pralines knabbern, selbst vorausgesetzt, daß es diese Kulturerzeugnisse damals schon gegeben hätte. Beim Lesen der Papyrusrolle, die die Stelle unseres heutigen Buches vertrat, waren nämlich beide Hände voll beschäftigt; es war sehr unangenehm, den fertig gelesenen Teil immer wieder aufzurollen und den zu lesenden Teil abzurollen; auch waren die Rollen wegen ihres manchmal sehr großen Gewichts recht unhandlich, und man mußte beim Lesen sehr vorsichtig sein, um das leichtverlösliche Material nicht zu beschädigen. In alle diese Nöte des antiken Lesers schriß ein Aussatz. Das Buch im Altertum“ ein, den Dr. Erich Friederich im neuesten Heft der bei Ernst Stobbe in München erscheinenden „Bücherkunde“ veröffentlicht. Neben den Tonfäscheln, auf die die alten Babylonier schrieben, kanden in den Anfängen der Kultur als Schreibmaterial verschiedene Stoffe, wie Bambus, Leinwand, Holzfäscheln, Bleiplatten, auch Häute. Aber allmählich erlangte der ägyptische Papyrus die alleinige Herrschaft und wurde der allgemein benutzte Schreibstoff des Altertums. Die Form und Ausstattung des Papyrusrolle wurde wesentlich bestimmt durch die berühmte Bibliothek des Ptolemäus in Alexandria, die in der späteren Zeit der beste Kunde der ägyptischen Papyrusfabrikanten war. Die Schriftsteller richteten sich sogar im Umfang der einzelnen Abschnitte ihrer Werke nach der Normalgröße der Rollen, die in dieser Bibliothek einge-

hellen, die Quellen des Übelns müßten abne格en werden. Als verdecktes Übel bezeichnete der Vortragende den Alkohol, der in jeder Form und jeder Belebung gilt sei. Dabei sollte man nicht übersehen, daß schon die Möglichkeit die schlechte Ebene sei, die zur Trunksucht führt. Besonders in der Zeit, in der die Alkoholgenossenschaft nicht versteht, daß er doch die Wohlverdienst lösche, Amerika sei den richtigen Weg mit seinem völligen Alkoholverbotsregierung und dieser Verbot habe trotz allen Leidens doch vorzügliche Erfolge aufzuweisen. Vor allem aber müssen die Kinder und die Jugendlichen vor jedem Tropfen Alkohol befreit werden. Weiter seien auch der Nicotin und jede Überreizung in der Genussweise zu verwerfen. Einschließlich Überall sei die Lösung für unter Volk. Lust, Wasser und Licht sollten als die ersten Heilfaktoren behandelt werden. Sie sollten mitteilen, daß Volk aus dem Nebel hinaus zu liebsten Höhen zu führen. — An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen schloß sich eine Aussprache an. Zum Schluß wurde eine im Sinne des Vortrags gehaltene Entscheidung angenommen.

Sitzung. Ein weiteres Dokument erregte sich auf dem Jahrmarkt. Ein volkstümlicher Grenzbewohner von „duben“ hatte bei seinen Einläufen einen neuen 500-Mark Schein herausbekommen. Er hielt solches Geld nicht für möglich und trachtete danach, die Deutschen damit wieder auszuhöhlen. Einen dicken Bürstenhändler erkannte er sich als Cöller. Er erkundigte sich eine Bürste für 45 Mark, brachte dem Manne den verdächtigen 500-Markchein in die Hand und verschwand lächelnd und gewandt in den Jahrmarktgremmim. Der Bürstenmann rief ihm nach und schwante das herauszugehende Geld. Vergleichlich, vergleichlich! Um es los zu werden, bemerkte er seine Kollegen.

Dimbach. Die Textil- und Bauarbeiter des bietigen Ortes haben in Verlängerung der plötzlichen großen Teuerung eine 50-prozentige Erhöhung der Löhne bereits für die beiden letzten Augustwochen und die Berechnung des Lohnes in Goldwährung ab 1. September unter Zugrundeziehung des Friedenslohnes verlangt. Um diese Forderungen zu erzielen, sind die Arbeiter in verschiedenen Betrieben in den Streik getreten. — In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, den Streik sofort abzubrechen. Am Montag früh sollte in Ausführung dieses Beschlusses die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen werden.

Markneukirchen. Ein Pächterdepot ist diesen Tage in Rohrbach (zwischen Landwüst und Brambach) ansiedelt worden. Einem Grenzbeamten waren die Marentransporte nach einem dortigen Hause aufgefallen; er beschwerte nachs das Haus und bemerkte den Eintritt einer älteren Zahl Männer, die nach kurzer Zeit vollbesetzt das Haus nach der nahen Grenze zu wieder verliehen. Es wurde nun für eine der nächsten Nächte eine Anzahl Grenzbeamter herbeigeschickt und das Haus umstellt. Wieder trafen die Polizei ein, und nun gingen die Grenzbeamten vor und sahen eine Anzahl Pässer, während einige anderen die Flucht gelang. Ein Hause selbst stand man über 300 000 Mark vor und eine Unmenge Waren, worunter sich auch unhandelsreiche Materialien befinden sollen. Ein Wagen Pachtergut wurde im Hause eingelöscht, zwei weitere Wagen treffen in den nächsten Tagen ein. Den Polizeibeamten ist ein großer Schlag gelungen.

Johanngeorgenstadt. Auch an der bietigen Grenze steht der Schmuggel in vollster Blüte. In der vergangenen Woche fielen Grenzbeamten in drei Türen Waren im Werte von etwa 110 000 M. die in Sachsen eingekauft worden waren und noch Böhmen gebracht werden sollten, in die Hände. Die festgenommenen Pässer wurden dem Amtsgericht zur Verstrafung overlassen.

* Dörschnitz. Die Belegschaft der Bergwerke im Augsburger Revier lebten in geheimer Abstimmung die Einlegung einer täglichen Nebentasse ab. Damit kommt ein Verfahren von Nebenrichtungen in Sachsen nicht mehr in Frage, da befürchtet auch die Belegschaften der Zwickerberg Gegenstand ist ablehnend verhalten.

Planen i. V. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei Ausländer Deutschlands in einer bleihohen Galtwirtschaft festzunehmen. Die Betreffenden hatten in Berlin einen großen Posten Handwerkzeug, ferner Kleidstücke, Kleidungsstücke und andere Gebrauchsgegenstände im Werte von etwa 80 000 Mark aufgekauft, um die Waren über die Grenze zu schmuggeln. Diese Waren konnten ihnen auf dem bietigen Ballonate abgenommen werden. Die Polizeikräfte betrug über ein und eine halbe Million Mark. Eine immerhin bei der tschechischen Valuta erstaunliche Summe, welche die eintretenden hinter schwedischen Garben gekreuzten Schmuggler bald bezahlt haben werden.

Liebenwerda. Nach einer Meldung des „Berl. Postallianz“ sind die Glashüttenwerke von Robert Schickert in Neuboda durch Feuer fast völlig zerstört worden. Der Schaden wird auf fünf Millionen Mark geschätzt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 5. September 1922.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

H. Berlin. Die mit den Spartenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter vom Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über eine Erhöhung der Bezüge führten in später Nachkunde zu einem Einvernehmen. Vorbehaltlich der Zustimmung von Reichsrat und Reichstag tritt vom 1. September ab eine Erhöhung der Gesamtbezüge gegenüber den Augustbezügen um rund 30 v. H. ein. Das Reichskabinett und die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages werden sich im Laufe des heutigen Tages mit der Angelegenheit beschäftigen. Zur Belehrung der

führt war, und so entstanden die einzelnen „Bücher“, d. h. Rollen, in die das ganze Werk zerfiel. Das erste Blatt der Rolle wurde gewöhnlich ebenso wie das leiste als „Schubblatt“ freigelaufen. Die Rollen hatten häufig einen bunten Schnitt am oberen und unteren Ende, und ein leichter Geruch von Cedarholz, durch den der „Bücherwurm“ ferngehalten werden sollte, ging von ihnen aus. Dieser Geruch war für Bibliotheken und Buchhandlungen geradezu bezeichnend. Jahrhunderte hindurch war diese Papyrusrolle die Trägerin der antiken Kultur, obwohl das Schreiben und Lesen in ihr recht unangenehm, ihre Lebensdauer sehr begrenzt und ein „Blättern“ oder rasches „Ratschlägen“ ganz unmöglich war. In diesen Zeiten kam allmählich die Tatsache, daß die Verarbeitung der damaligen Kulturmittel mit Papyrus durch die ägyptischen Fabriken immer ungünstiger wurde. Papyrusfabriken, die man außerhalb Ägyptens einrichtete, hatten keine Dauer, weil die Pflanze nach und nach im Nillande geäschert werden konnte, und war die Papyruskerne einmal schlecht, so mochte sich bald in der ganzen Welt ein ernsthafter Mangel bemerkbar, so daß man in Rom schließlich eine eigene Schöre für die „Bewirtschaftung“ des wichtigen Schreibstoffes einzeln mache.

Als Erkennungsmerkmal der Papyrusrolle bot sich der sog. „Codex“ dar, der bei den Griechen und Römern schon früher im Gebrauch war, als der Papyrus. Es waren das zwei oder mehrere zusammenfassbare aneinander gehetzte Schreibblättchen aus Holz, die mit Wachs ausgeschleift waren und mit einem spitzen Metallgriffel beschrieben wurden. In solchen „Büchern“, deren einzelne Tafeln nach Art unserer Represso-Alben zu einem vielfach gebrochenen langen

Schnüre für die Arbeiter in den Reichsbetrieben und der Reichsverwaltung werden heute die Verhandlungen im Reichskanzleramt fortgesetzt.

Von der Wölkerbundtagung.

X. Genf. Der beratende technische Wölkerbundsausschuß für Verkehrs- und Transithallen beschloß, ein Schlichtungsverfahren über den Streitfall zwischen der deutschen Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Anwendung der Berner Konvention in die Wege zu leiten. Die Kommission beschloß, die Angelegenheit einer einsitzenden Kommission zu übertragen, von der drei Mitglieder durch die Verkehrs- und Transithallen, die anderen beiden von der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes ernannt werden sollen. (Siehe auch in der Beilage.)

X. Genf. Der Wölkerbundrat genehmigte in seiner Abhandlung den Bericht der künftigen Mandatsskommission über die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien und sprach der Kommission seine lebhafte Anerkennung aus. Der Rat beschloß, den Mandatsträgern die von der Kommission formulierten Wünsche zu übermitteln.

Große internationale Konferenz in Brüssel.

X. Paris. Wie der „Matin“ aus Brüssel meldet, sollen von der französischen und belgischen Regierung Schritte unternommen werden, eine große internationale Konferenz nach Brüssel einzuberufen. Sie soll im Dezember stattfinden.

Was wir alles für Frankreich tun sollen.

X. Paris. Die Morgenblätter melden, daß der Minister für öffentliche Arbeiten gestern in einer Sitzung des Generalkontrollenrates von Godesburg folgende Erklärung abgab: Wenn es Deutschland an Gold fehlt, so fehlt es ihm nicht an Material. Es führt umfangreiche Arbeiten in seinen Binnenreichen und für Eisenbahnen aus. Es hat Milliarden aus seinem Boden herausgeholt, wie wenn es im Krieg entgangen ist. Handelt es sich doch darum, festzustellen, ob Deutschland nicht in Frankreich das tun kann, was bei sich selbst tut. Was wir im Einklang mit dem Friedensvertrag von ihm fordern, ist, daß seine Unternehmer, seine Arbeiter und seine Materialien an der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Ausstattung arbeiten, nicht nur in den jetzt besetzten Gebieten, sondern auch an anderen Punkten des Landes.

Neue Monatserdbeere „Waldkönig“.

Wenn im Juni draußen am Waldponde die tollensten Früchte der Walderdbeere uns zum Genuss einladen, dann ist gewiß bei manchem Gartenfreund schon der Wunsch rege geworden, eine solche Walderdbeerenanpflanzung in seinen Garten zu versetzen. Aber die Lebensverhältnisse dieser Pflanzen passen nicht in den gepflegten Garten. Der Waldbestand kann ihnen im Garten nicht ergeht werden, und alle Versuche in dieser Richtung sind seither fehlgeschlagen. Die Gärtnerin hat nun in den letzten Jahren durch Abhöhe zu schaffen gewußt, daß sie die sogenannte Monatserdbeere gesüchtet hat, deren Blüte und Früchte der Walderdbeeren gleichen. Sie haben außerdem den Vorzug vor jenen, daß sie bis in den Herbst hinein Blüten und Früchte tragen. Sehr vorteilhaft ist auch der Umstand, daß diese Monatserdbeeren durchaus nicht ein besonderes Beet für sich beanspruchen, sondern sehr wohl an den Rändern von Blumen- und Gemüsebetten ihren Platz finden können. Sie können auch den guten Boden in einer sonnigen Ecke des Gartens angebaut werden. Von den Monatserdbeeren sind die wunderlosen den rankenden vorzuziehen, weil leichter für ihr Wachstum einen so großen Platz in Anspruch nehmen. Eine neue, sehr exotische Sorte bildet der „Waldkönig“. Die Früchte sind sehr aromatisch, von zinnerroter Farbe. Man kann im Herbst und im Frühjahr die Pflanzen ausziehen. Man zieht nach der Schnittstellen und pflanzt in einer Entfernung von 15 bis 20 Centimeter die Stauden aus. Zunächst werden sie stark angegriffen. In den ersten Tagen liegen sie etwas weit am Boden, aber bald werden die Wurzeln fassen und sich kräftig aufrichten. Länger als drei Jahre darf keine Stauden an demselben Ort stehen. Sie wird aus der Erde genommen, der Stamm wird in einzelne Teile auseinandergelegt, und diese werden auf neue verpflanzt.

Bermisches.

* Ein Munitionslager in die Luft geslogen. Nach einer havas-Meldung aus Poitiers (Frankreich) ist Montag früh ein Munitionslager, in dem eine Neueröffnung ausgetragen war, mit 3000 Granaten in die Luft gesetzt. Es fielen auch Granaten in die Stadt. In einer Entfernung von mehr als 1500 Meter vom Explosionsort in an den militärischen Gebäuden und den Häusern der Umgebung verdeckt angesiedelt. Menschenleben sind nicht angetroffen.

* Große Verbrennungen durch eine Windhose. Nach einer Meldung des „B. T.“ ist der bayerische Ort Raabed durch eine Windhose heimgesucht worden, die große Verbrennungen an Gebäuden anrichtete und die Obstbäume vollständig vernichtet.

Neubestellungen für September

Zum Bezug des Kästner-Tageblattes durch Post oder durch Zeitungsträger können Sie heute noch bewirken. Bestellungen zur Vermittelung an die Zeitungsaussträger nimmt die Tagesschafft-Geschäftsstelle, Goethestr. 50, jederzeit entgegen.

Gittern verbunden waren, trug der Geschäftsmann seine Rechnungen ein, hatte der Kästner die Rechnung zur Hand. Aber die Codices auf Tafeln waren natürlich sehr schwer und unbequem. Man setzte dann allmählich an die Stelle des Papirus die bereits in alten Zeiten verwendete Tierhaut, das „Vergament“. zunächst wurde das Vergament ebenso wie der Papirus gerollt, bald aber verwendete man es in der Form von kleinen Blättchen, die wie die Holztäfelchen miteinander verbunden wurden. Da zeigte sich denn, daß das Vergament für die Form des Codex besonders geeignet war und daß die Blätter leicht und in großer Anzahl durch einen Heftaden zusammengefügt werden konnten. Man fand, daß es praktisch war, immer nur wenige, je einmal in der Höhe gebrochene Blätter zu einer „Page“ und mehrere von diesen dann zu einem „Band“ zu vereinigen. Damit war im wesentlichen das Buch entstanden, wie wir es noch heute kennen und das alte Vorlage der früheren Buchformen in sich vereinigt, die Nachfolge aber vermeidet. Der Vergamentcodex ist zuerst bei Plinius im Jahr 65 nach Christus als billiges Erstlings der vornehmsten Papyrusrolle gekauft; er glich etwa den Neclam-Bändchen, an die er auch im kleinen Format erinnert, und war das Buch der unbekümmerten Leute, daher Verbreitung der neuen Buchform begünstigt haben. Um die Wende des 8. Jahrhunderts hat dann das Vergamentbuch die Papyrusrolle verdrängt. Verschiedene Einzelheiten der alten Rolle wurden bei dem neuen Buch beibehalten, so die Schreibblätter, das Anbringen des Kästels auf dem letzten leeren Blatt usw.

Vater und Sohn wegen Wucherpreisen verurteilt. Auf dem Kleinmarktplatz in Würzburg forderten zwei Händler, Vater und Sohn, für das Pfund Kalbfleisch, Lebendgewicht, übermäßig hohe Preise. Sie wurden darauf von den Stechern derartig verprügelt, daß sie in drastische Verhandlung gezwungen werden mußten.

Zur Entstehung eines Schuhmannes in Berlin. Wie schon gemeldet, wurde Sonntag abend in der Neuen Königstraße in Berlin der Polizeiüberwachtmüller Börschen von einem Unbekannten erschossen. Dieser war ein Revolver aus der Tasche gesunken. Der Überwachtmüller wollte den Mann feststellen, als dieser den Revolver aufzog und den Polizeibeamten durch die Brust schoß. Börschen war sofort tot. Der Täter entkam zunächst, wurde dann aber im Saalbau am Friedrichshain unter einem Garderobentisch verdeckt aufgefunden. Auf dem Transportheim des Polizeirevier verachtete das erregte Publikum an dem Verbrecher Unschulz zu läden. Die Beamten hatten Mühe, ihn zu schließen. Auf der Treppe zum Polizeirevier brach er bewußtlos zusammen und wurde nach der nächsten Rettungsstation gebracht, wo der Tod festgestellt wurde. Nach einer Lebzeit soll er mit genommen haben, als er sich endete lobt. Seine Persönlichkeit ist unbekannt. Es wurde russisches Geld bei ihm gefunden, ferner eine Kriminaldienstmarke. — Der bei den Ausschreitungen in Charlottenburg durch einen Brutschuß verwundete Demonstrant ist seinen Verletzungen erlegen.

Die Gefahren der Oktzeit. Aus Solingen wird gemeldet: Hier starb unter heftigen Schmerzen ein vierjähriges Kind, das nach dem Genuss von Okt fälsch Wasser getrunken hatte. Ein anderes Kind starb durch den Genuss von Tollkirschen seinen Tod.

Einladung eines Regenmachers durch die italienische Regierung. In Südtirol hat es seit fünf Monaten nicht geregnet. Wie der "Mailino" meldet, hat nun die italienische Regierung den amerikanischen Regenmacher Dattoli eingeladen, nach Italien zu kommen und dort seine Wunderfahrt zu entfalten. Dattoli hatte seinerzeit in Kanada Erfolg. Nachdem er seine geheimnisvollen Regeninstrumente aufgestellt hatte, begann es tatsächlich zu regnen. Mit diesen Instrumenten ist er jetzt in Italien eingetroffen. Er versichert, daß es innerhalb höchstens einer Woche im Südtirol regnen wird.

Das Wiedersehen nach 42 Jahren. Der König von Italien ist 42 Jahre alt geworden, ohne das Koch der Ehe auf sich zu nehmen. Sein ganzes Volk forderte eine Herrscherin, verlangte ungekümmt die Erhaltung der Dynastie, aber der König absegte und absegte. Nun ist der Wiedersehenskampf endlich gekämpft worden. In Bangkok wurde dieser Tag feierlich die Verkündung des Königs mit seiner Frau, der Prinzessin Sallatha, bekanntgegeben. Der Herrscher war bekanntlich schon im vergangenen Jahr nahe daran, in den lange gemiedenen Ehehaften einzulaufen, aber im letzten Moment wußte er sich noch in sensatoneller Stimmung aus. Er war nämlich mit der Halbschwester der heiligen Königin Prinzessin Sallatha offiziell verlobt, hob jedoch die Verlobung auf durch die originelle Form eines königlichen Erlasses, in dem es hieß: "Seine Majestät kann ihren edlen, feinen und endgültigen Erschluß, die Nachfolge auf den Thron zu übernehmen, nicht bestreitend durchführen, da zwischen Seiner Majestät und Prinzessin Sallatha eine Unvereinbarkeit der Temperamente besteht, hervorgerufen durch die dauernde Mißkommung der Prinzessin, deren Nervosität zu mißlichen Ablägen läßt." Nun hat er endlich gehorcht, aber auf eine öffentliche Hochzeit hat er verzichtet. Er begnügt sich — angeblich aus Sparmaßnahmen — mit der offiziellen Proklamation des Ereignisses, durch daß noch den italienischen Hofbeamten die Ehe endgültig geschlossen ist.

Die Zukunft der drahtlosen Telephonie auf See. Die Bedienung einer drahtlosen Telefonanlage auf Bord kann mit der Handhabung des Drahtfernvermögens zu Lande nicht verglichen werden. Während beim Drahtfernvermögen die technischen Einrichtungen in der Hauptstube beim Fernsprechamt stehen und dort von sekundärer Hand bedient werden, muß an Bord die Bedienung und Unterhaltung der gesamten Telefonanlage durch das Bedienungspersonal erfolgen. Eine drahtlose Telefonanlage für größere Reisezeiten ist heute noch eine verwiderte und empfindliche Starkstromanlage, die erheblich schwieriger zu bedienen ist, als die bekannten einfachen Bordfunkstellen. Nur reine Empfangsanlagen für drahtlose Telefone lassen sich so einfach gestalten, daß auch wenig geschultes Personal ihre Bedienung übernehmen kann. — Nachdem die Reichstelegraphenverwaltung die dem öffentlichen Verkehr dienenden Funkstrecken mit ungedämpften Sendern (Mastenfunkern) ausgerüstet hat, die auch mit Telephonanzuschaltern versehen sind, werden — so berichtet die Zeitschrift "Die Räder" (Berlin) — kostengünstige Reisezeiten verbreite mit diesen ungedämpften Sendern hinsichtlich ihrer telegraphischen und telefonischen Leistungsfähigkeit im Verkehr mit Bordfunkstellen, die mit ungedämpften Sendern ausgerüstet sind, angekettet. — Wenn es also um die Beförderung von Telegrammen an fremdsprachliche Funkstellen handelt, verdient die Telegraphie den Vorzug, denn durch die Benutzung des internationalen Morsealphanumerischen Codes kann man vom Standpunkt der Telegraphie keine Sprachschwierigkeiten. Es muß auch bemerkt werden, daß ein Telefon-Sender in seiner heutigen Form eher einen Rückstrahl als einen Vortrieb gegenüber dem Telegraphen-Sender bedeutet, da die von ihm verursachten Störungen fast ebenso stark sind, wie die bisherigen gedämpften Funkstender, während die Reichswelle bei gleicher Energie nur etwa ein Viertel der Telegraphen-Reichswelle betrifft. Auch die Wahrung des Telegrafengeheimnisses ist bei der drahtlosen Telephonie schwieriger als bei drahtloser Telegraphie. — Da in der Presse besonders in letzter Zeit mehrfach laut gewordene Ansichten, daß die drahtlose Telephonie das Mittelmittel für das Schiffsnachrichtenwesen sei und die drahtlosen Telephonanlagen möglichst bald die schwerfälligen Telephonapparate ablösen müßten, sind aber nicht gerechtfertigt.

— et.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Krasin hat, nach einer "Times"-Meldung, neuerdings die "kolossale Wichtigkeit" betont, die Deutschland für den Wiederaufbau Russlands beizumessen sei. Es sei voller Energien an Intelligenz und Unternehmungskraft, die vollauf noch durch die Politik der Ententecombe geleistet wären. Sowjetrussland müsse alle Anstrengungen machen, die Hindernisse zu überwinden, die die Ententecombe einem deutsch-russischen Zusammenschluß bereiteten. So erfreut nun die Bekanntmachung auch ich, von der diese Anerkennung eines so herausragenden Vertreters der Sowjetregierung wie Krasin Bengius gibt, so kann man vom Standpunkt der deutschen Geschäftswelt nicht umhin, dazu zu bemerken, daß die Hindernisse, die einem deutsch-russischen Zusammenschluß in wirtschaftlicher Hinsicht im Wege stehen, nicht nur solche sind, die durch die Politik der Ententecombe verursacht sind. Auch der Sommerferierung selbst steht noch viel zu tun übrig, um der Erhaltung deutscher Energien in und für Russland überflüssige Hemmungen zu ersparen und man kann nur wünschen, daß der den angebauten Unterhandlungen über eine zweckmäßige Ausbildung und Ausgestaltung des Rahmenvertrages, den das Abkommen von Rapallo darstellt, die Sowjetregierung den Wünschen der deutschen Geschäftswelt das Entgegenkommen antun werden läßt, daß dem Geiste der oben wiedergegebenen Anerkennung Krasins entsprechen würde.

Im deutschen Wirtschaftskreis wird immer noch behauptet, daß das Außenhandelsmonopol der Sowjetregierung in der starken Form, in der es gegenwärtig zum Ausdruck kommt, den deutchrussischen Handelsverkehr übermäßig erschwert. Es sollten Abmilderungen möglich sein. Deutsche Handels-, Industrie-, Transport- und Versicherungsgesellschaften, wie auch einzelne Kaufleute sollten in Russland wirtschaftlich tätig sein dürfen, und direkte Geschäftsbeziehungen und -Abschlüsse zwischen den Bürgern der deutschen und der russischen Wirtschaft d. h. auf russischer Seite Börsen, Genossenschaften, Trusts usw. sollten zugelassen werden. Es könnte eine Art solcher Waren vereinbart werden, die nicht unter das Monopol stehen und allgemein Möglichkeiten aufweisen, um die Kontrolle der Außenhandelsstelle aus das notwendige Maß zu beschränken. Zu wünschen wäre auch die Schaffung einer geeigneten Prüfungskommission gegen die Entscheidungen der russischen amtlichen Außenhandelsstellen. Die Einzelne und der Geldüberweisungsverkehr sollten erleichtert, private Bankinstitute mit geregeltem Depotservice und Geldüberweisungen ins Ausland in zu vereinbarnder Form zugelassen werden. Auch das Konzessionsverfahren der Sowjetregierung bedarf noch erheblicher Verbesserungen, damit die deutsche Geschäftswelt von den sich bietenden Gelegenheiten reichlicher Gebrauch macht, als es bisher geschehen ist.

Wie wichtig es ist, daß der Betätigung deutscher Wirtschaftskräfte in Russland freierer Spielraum gewährt wird, läßt sich an einem Beispiel aus dem Gebiete des Rohstoffbezuges illustrieren. Nach russischen amtlichen Quellen werden in Russland jährlich etwa 14 Millionen Stück Vieh geschlachtet, während nur 7 Millionen Rinder eingehen. Offenbar steht es an einer richtigen Organisation des Einlaufs oder Sammelns.

Sowjetlos läßt es nun wohl auch die deutsche Geschäftswelt an manchen Eigentümern fehlen, die einer geistigen Entwicklung des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs förderlich wären. Dazu gehört vor allem das geringe Verständnis, das die den Kulturbestrebungen der Sowjetregierung entgegenbringt. Wenn sie diese Bestrebungen unterstützen und alle zweckmäßigen Bemühungen möglich fördern würde, die von Deutschland ausgehen können, um die Kultur im russischen Volke zu heben und zu entwickeln, würde sie nicht nur an Vertrauen auf Seiten der Organe der Sowjetregierung gewinnen, sondern auch ihren eigenen materiellen Interessen dienen, bedenkt doch die Rückständigkeit des Bildungswesens in Russland, an der infolge des Krieges, Bürgerkriegs, der Blockade und der Hungersnotrophe auch die Sowjetregierung noch nicht viel ändern konnte, mit das größte Hemmnis auch für die Erhaltung eines modernen Wirtschaftslebens.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Jungdeutsche Orden aufgelöst. Wie der künftige preußische Ministerdienst meldet, hat der preußische Minister des Innern den Jungdeutschen Orden mit allen seinen Unterorganisationen aufgelöst.

Zum Austritt Dr. Düringers aus der Deutschen Nationalen Volkspartei. Wie aus Kreisen der Deutschen Nationalen Volkspartei in Baden mitgeteilt wird, wurde Sonntag bei starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes eine Sitzung des Landesausschusses der Partei abgehalten, die auch zu dem Austritt des Abgeordneten Dr. Düringer aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion Stellung nahm. Unter Verstärkung aller Begeisterungsstände wurde einstimmig beschlossen, Dr. Düringer aufzufordern, sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen der Partei nicht mehr besaße.

Ein falsches Gericht über den Kronprinzen. Wie das holländische Korr.-Bureau mitteilt, ist an den Gerichten, der frühere deutsche Kronprinz sei in Wieringen gestorben, kein wahres Wort.

Danzig wehrt sich gegen polnische Verleumdungen. Der Vizepräsident des Danziger Senats Biehm hat gegen die polnischen Anschuldigungen, die Danziger Regierung lasse sich von der Berliner Regierung in ihrer Politik Polen gegenüber beeinflussen, öffentlich Stellung genommen und die Behauptung als Verleumdung bestreitet, Danzig in Wirklichkeit bei denen zu bringen, die Danzig zu schützen herüben sind.

Eine Entschließung der württembergischen Beamten. Eine Abordnung des Landesausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes auf dem württembergischen Staatspräsidenten eine Entschließung überreicht, in der das Reichsgericht über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Bevölkerung begeht und dringend seine rasche Durchführung gewünscht wird.

Der frühere Oberhofprediger von Düsseldorf ist, wie aus Berlin gemeldet wird, gestorben. — In der dritten öffentlichen Volksversammlung der verfassunggebenden preußischen Kirchenversammlung wimbete gestern der Generalsuperintendent Reinhard aus Stettin und der Präsident des evangelischen Oberkirchenrats Dr. Möller dem verstorbenen früheren Oberhofprediger Dr. Dörr warmempfunde Nachruhe.

Postdienst Manchester — London — Berlin. Londoner Blättermeldungen aufgabe steht die Einrichtung eines Postdienstes zwischen Manchester, London und Berlin unmittelbar bevor. Leiter des Dienstes ist Rudolf Starke von der Daimler Airway Company. Wahrscheinlich werden die Flugzeuge von Manchester abfliegen und Zwischenlandungen in Croydon und an noch einem anderen Punkte zwischen Croydon und Berlin vornehmen. Die volle Entfernung beträgt 180 Kilometer und soll in sechs Stunden zurückgelegt werden, während die Reise zu Schiff auf der Eisenbahn 19 Stunden erfordert. Die Fahrtzeit sollen nicht mehr als 10 Prozent teurer sein als die Eisenbahndistanz.

Zusammenfahrt bei einem Regimentstag in Nürnberg. Am Sonntag ist in Nürnberg ein nordbayrischer Zugartillerietag abgehalten worden, bei dem es zu Unruhen kam. Am Sonntag früh war der Saalbau des Kulturreis, das Verfassungssiegel der Festteilnehmer, schon sehr zeitig von einer großen Menschenmenge belagert, die gegen die Abhaltung des Feierns Stellung nahm. Der Feiertag konnte infolgedessen erst nach langer Verstärkung und noch Herbeiholung eines starken Aufgebotes der grünen Polizei angereten werden. Während des Festages wurden von der Menge Beschimpfungen, besonders gegen die im Zuge marschierenden ebenen Offiziere, laut. Besonders wurde auch mit Steinen geworfen und einzelne Zugteilnehmer tödlich angegriffen. Ein Versuch, den Feiertag in der Königstraße zu forcieren, mißlang. Die Schuppspolizei griff mit Schlagknüppeln und aufgespanntem Seitengewehr ein und nahm auch Verhaftungen vor. Bei diesen Zwischenfällen gab es bei der Menge eine Reihe Verletzter. Die nach Friedensschluß angelegte Parade der Festteilnehmer auf dem Hauptmarkt mußte infolge der drohenden Haltung der Menge unterbleiben.

Jur. Entscheidung der beiden belgischen Soldaten. Nach einer Düsseldorfer Meldung der "Wo. Stg." wurden die nach der Entscheidung zweier belgischer Sergeanten verbotenen Begeordneten für Oberstafel Dr. Oberstreich und Polizeikommissar Blasius wieder entlassen. Ob die Entscheidungen zur Gestellung des Mörders etwas ergeben haben, ist unbekannt, da die Besatzungsbehörde der Polizeiverwaltung keine Mitteilung darüber mache. Jedoch falls

berichtet aber in Düsseldorf die unbekannte Nebenverzweigung nach Tage des Falles sich der Mord nicht, wie behauptet wurde, als eine Herausforderung der Besatzungsbehörde darstellt, sondern lediglich als Folge eines Wirtschaftskreises wegen weiblicher Personen.

Republik Österreich.
Buchdruckerstreik. Infolge eines seit einigen Tagen währenden Streiks in den Wiener Druckereien, welche nach Tagstakt arbeiten, und Montag früh die Montagsblätter, die zumeist in diesen Druckereien gedruckt werden, nicht erscheinen. — Dem Streik der Buchdrucker schlossen sich Montag abend auch die Seher der Tageszeitungen an, sodass heute früh in Wien keine Zeitungen erscheinen konnten. In Innsbruck, Graz und Salzburg sind bereits seit zwei Tagen keine Zeitungen erschienen.

Österreich.

Der Anschluß an die 3. Internationale abgelehnt. Der Kongress der Landesorganisation der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat einen Antrag auf Anschluß an die 3. Internationale abgelehnt.

Amerika.

Der Krieg im Kohlenbau. Die "S. S. am Mittag" meldet aus Newark: Die Gewerkschaftsvorstände der Steinkohlenarbeiter haben in Philadelphia nach sechsmaligem Abstimmungskreis den Frieden unterzeichnet und sich mit den bisherigen Löhnern bis zum 31. August 1923 einverstanden erklärt.

Deutscher Mietertag.

Der 17. Deutsche Mietertag, der vom 31. August bis 4. September in Kassel stattfand, hatte am 2. September seine 1. öffentliche Tagung in den Stadtverhöfen Kassels. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Mietervereine Hermann-Dresden begrüßte die überaus zahlreiche Versammlung, die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, der städtischen Behörden, betriebsnahen Organisationen und der Gewerkschaften. Es folgten sodann zahlreiche Berührungsansprüche, worauf der Vorsitzende Hermann-Dresden folgende Mebe hielt: Hinter uns liegt ein schweres Arbeitsjahr. Heimatlosigkeit sucht unter niedergeschlagenem Volk noch heute in jeder Weise zu lämmen, insbesondere wachsende Verarmung, Not und Elend, und damit die Unmöglichkeit der Mittelaufbringung für Kulturaufgaben. Bei diesen Kulturaufgaben stand in der Kriegszeit in erster Linie die Förderung der Wohnkultur, die freilich schon damals durch unsere falsche Wohnungspolitik unendlich gehemmt wurde. Das Mietkaufsystem unserer Großstadts, jenes Produkt sozialer Ausnutzung deutscher Heimatbodens, wo die Menschen heimatlos dahinsieben, ist eine laut sprechende Anklage und ein Vermeid, wie Wohnkulturrorgen nicht gelöst werden sollen. Deshalb ist der Krieg nicht allein die Ursache des Zusammenbruchs im Wohnungswesen, sondern er hat nur beschleunigt gewirkt. Es muss politische, wirtschaftliche und soziale Pflicht jedes Einzelnen und erst recht unserer Organisation und der Regierungen sein, nach Mitteln und Wege zu suchen, die Lebenswertes Abschaffen. Unter Mietertag wird sich in großem Umfang mit der Lösung dieser Frage hauptsächlich befassen müssen. Aus der Erkenntnis zur Hilfsnotwendigkeit heraus wie auch der Wohnungsbauabgabe, die inzwischen Gesetzestatut erlangt hat, nicht widergesprochen. Diese Erkenntnis ist auch bereits in das Volksempfinden eingedrungen und wie haben an der Verbreitung dieser Gedanken unseren ethischen Teil. Zu der Hauptarbeit des Jahres gehören wir das Reichsmietengesetz, welches wie nach schweren zweijährigen Kampf erreicht haben. Wir danken an dieser Stelle besonders den Vertretern, Abgeordneten und der Presse, die dabei sehr erheblich mitgewirkt haben. Neben das Reichsmietengesetz tritt jetzt der Kampf um das Mieterentschädigung in den Vordergrund, welches die Mieterschaft zum Träger der Wohnwirtschaft macht. Das Mieterentschädigung wird der zweite Brückstein für uns sein. Dazu gehört natürlich eine in sich vollkommen gesetzte Organisation und wie müssen uns mit dem Bundes des Bundes Deutscher Mietervereine hauptsächlich beschäftigen. Starke Kräfte sind am Werk, die Mietbewegung zu verschlagen. Doch wir müssen auch im weiteren Kreise unserer Zeit die Feste dieser Welt verstehen, vertrauen und fest zusammenstehen, auch bei erneutem Kampf um unser Volk und seinen Wiederaufbau.

Rechtsanwalt Groß-Dresden (2. Vorsitzender des Bundes) sprach über die Ausführungsverordnungen des Gesetzes: Er stellt mit Bedauern fest, daß die Nichtbearbeitung einer Ausführungsverordnung durch das Reich eine Unterlassungslösung war, die bis inzwischen gerächt habe. Die Länder haben infolgedessen durch ihre Ausführungen den Gedanken des Reichsmietengesetzes teilweise weitgehend verwirkt. Der Vortragende behandelt dann die Ausführungsverordnungen der einzelnen Länder und im zweiten Teil seiner Ausführungen den Entwurf zum Mieterschutzgesetz. Der Entwurf des Reiches wird danach im System übernommen. Es werden aber eine Reihe von Änderungen gefordert, die vor allem darauf hinweisen, den Mieter ein geschütztes Recht auf Wohnungs- und Arbeitsstätte zu verschaffen, auch wenn sie sich im einzelnen Fälle — mitswirkt — verhalten haben. Der Redner stellt eine Lehnlichkeit zwischen der Presse und dem Mietverhältnis fest und gebraucht analog dem Wort "Gewaltbereit" das Wort "mietwirksam"; man könne nämlich nicht jeden Mieter immer voll verantwortlich machen. Verfehlungen der Mieter seien durchaus nicht immer das Ergebnis des freien Willens, sondern Fragen der Erziehung und der Kultur.

Danach sprach Stadtrat Dr. Schröer-Jena über Wohnungspolitik in den Gemeinden:

1. Vorabredungen an einer planmäßigen Bewirtschaftung des Wohnraumes, der gewerblichen Räume usw. durch die Gemeinden sind; ein vollkommenes Wohnungsstatistik; genaue Platzierung der Wohnungsblöcke; fortlaufende Pflege und Wartung; Zusammenarbeit mit den übrigen Gemeinden des Gemeindeverbandes; Bauamt, Polizeiverwaltung, Einwohnermeldeamt, Standesamt, eingehende statistische Beobachtungen der Bevölkerungsbewegung, ausreichend, zuverlässig eingearbeitetes und durchaus einwandfreies Personal, ein Wohnungsausbau; Wohnungskommission mit Belehrungs- oder Beschlagsnabmeunterausschuß.

2. Durchführung einer planmäßigen Bewirtschaftung des Wohnraumes, Freimachung entbehrlichen Wohnraumes, notwendige Errichtungs- und Anlandungsarbeiten an den beschlagsnahmten Räumen, Ablösung der Beschlagsnahmen nur, wenn die Abtlungsumme die sofortige Neuerstellung anderer gleichwertigen Wohnraumes gestattet; Beteiligung der Wohnungen planmäßig auf Grund des Verteils der Vermietungszeit, der familialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und sonstiger Dringlichkeitsgründe; bei Vermietung der Wohnung auszuholen, die dem Mieter seitens der Gemeinde im Zwangsweg; Besitzerwerben oder Einsprüche regelt das Wohnungsamts mit dem Wohnungsbaudienst.

3. Sonstige wohnungspolitische Aufgaben der Gemeinden: Ergründung des vorhandenen Wohnraumes durch den Eigenbau der Gemeinde und die Unterhaltung der Bauträgergemeindlichen Baugenossenschaften, Ausbau von Dachgeschossen oder unbewohnten Gebäuden des Reiches, der Länder, der Gemeinden und Privater; Organisierung einfacher Gewerbebetriebe für Wohnzwecke; Sanierung usw.

gefunder und geschlossener Wohnungen; Zusammenlegung von Haushaltungen einzelner Personen unter Gewährleistung von Abfindungsbedingungen und Umlaufsbelägen (Träger); Heranleitung der Industrie, der Reichs- und Landesbehörden, wie auch der dem Reich oder Landeskonsistenz gehörenden Gebäude zur Verhinderung von Wohnungen oder zur Förderung des Wohnungsbauens; Unterhaltung der Biegeln, Zementfabriken, Glasbläsern usw.; örtlicher und ausländischer Wohnungstausch, laufende Aufklärung über die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt; stetige Führungnahme der kommunalen Wohnungsämter mit den Mieter- und Vermieterorganisationen.

Dresdner Schöffengericht.

Prosekt Norma Plesse — Polizeileutnant Tränkner.

— Das Dresdner Schöffengericht verhandelte gegen die 1895 zu Bries geborene, in Dresden-Gruna wohnhafte kaufmännische Beamte Norma Irene Meta Henriette Plesse wegen Diebstahls, und gegen den im gleichen Alter befindlichen vorormaligen Leutnant der Landespolizei, früheren Gutsinspektor Rudolph Karl Tränkner wegen Behlerer, letzterer seit Mitte Mai in Untersuchungshaft befindlich. Der Auhörraum mußte wegen Überfüllung abgesperrt werden. Nach dem Eröffnungsschluß bat die Plesse als Geliebte des ehemaligen Polizeileutnants Tränkner, während ihrer Tätigkeit als Angestellte bei der Firma Deutsche Werkstätten, Prager Straße, in der Zeit vom Oktober bis Dezember vorigen Jahres nach und nach die verschiedenen Sachen im Gesamtwert von über 19000 Mark gestohlen und an den Mitangeklagten Tränkner übergeben, der die Gegenstände in Verwahrung nahm und dann selbst oder durch andere verkaufen ließ. Die Plesse läßt aus, daß sie eine gute Schulbildung erhielt und nur einmal beim Brande der Dresdner Vogelmühle einen ersten Nervenanfall erlitten hat. Als Kontoristin des Sachsenwerkes habe sie im Januar 1921 im Vincelschen Bad den Polizeileutnant Tränkner kennen gelernt, es sei zum Verhältnis gekommen, er habe ihr die Heirat versprochen und sei auch zu ihr gezogen. Auf Veranlassung des Geliebten habe sie im Sachsenwerk die Stelle aufgegeben, es sei dann aber im Sommer vorigen Jahres bereit zu Differenzen gekommen und schließlich habe sie sich wieder anderweit um Stellung beworben und eine solche auch in den Deutschen Werkstätten auf der Prager Straße erhalten. Immer wieder will sich die Plesse zu Tränkner hingezogen gefühlt haben, es sei erneut zum Verhältnis gekommen und um dessen große Ansprüche an den Geldbeutel zu genügen, habe sie erst ein Klavier verkauft und dann gestohlen, wo sich in der neuen Stellung eine Gelegenheit bot. In den vor schwerster Weise belastete die Plesse den ehemaligen Polizeioffizier Tränkner, er habe sie immer am Gestühl abgedrängt und die verborgenen gehaltenen Sachen ihr dann abgenommen und in seiner Attentasche transportiert, er habe ihr sogar diese Tasche mitgegeben. So führte die Angeklagte unter anderem aus. Tränkner habe oft gesagt, andere kaufen auch, wenn einmal etwas passiere, dann sollte sie die Leute nur zu ihm schicken, als Polizeibeamter würde er schon Glauben finden. Tränkner sei ein Spieler gewesen, er brauchte immerfort Geld, er habe sie bedrängt und bestimmt, Gegenstände zu stehlen, die dann von ihm verkauft wurden. Alles will Angeklagte für den Geliebten hingegeben haben. Anschließend will sie auch angeleckt worden sein und schließlich kam es im Dezember vorigen Jahres in Großenhain erneut zum Bruch und zur Auflösung des Verhältnisses. Als schwer entflohene Braut und Verlobte will die Plesse, wie sie weiter ausführte, zur "Neue" gegangen sein, wo man sich ihrer angenommen und ihr eine neue Stellung als kaufmännische Beamte bot, die sie noch jetzt begleite, nur Tränkner und sein späteres gutes Verhalten seien an allem schuld.

Tränkner gab zur Person und Anklage an, daß sein Vater Bildhauer war, daß er nach dessen Tode das Gymnasium nicht weiter besuchen konnte und in Großen-

hain eine landwirtschaftliche Schule besuchte, um später in Gröba, Böhla und anderen Orten eine Stellung als Gutsinspektor zu erhalten. Seine Mutter habe sich später mit einem Kantonärzte verheiratet. Einmal will er es bis zum Offizier gebracht haben und nach Entlassung aus dem Heere erneut in der Landespolizei tätig gewesen sein, bis er Stellung bei der Landespolizei fand. Dort sei er auch bald Offizier geworden. Tränkner schwerte hierauf, wie er mit der Plesse bekannt geworden und wie sich das ganze Verhältnis entwickelt habe. Im weiteren Verlaufe gab er zu, die Geliebte mehrfach abgelehnt und von ihr auch Sachen erlangt zu haben, höchstens einmal, da er mit ihr gegeifen. Auf Deller und Wenig sei alles abgerechnet worden, wenn er Sachen der Plesse verkauft, immer sei das Mädchen gekommen „Bub, ich brauche Geld“ und nur in solchen Augenblicken habe er deren Wünsche Rechnung getragen. Der Angeklagte will mehrfach abgelehnt und die Plesse verworfen haben, die ihrerseits das Gesagte sofort bekräftigte. Im Verlaufe der ganzen Verhandlung verhakten sich beide Angeklagte verschiedentlich in recht bedenklicher Weise gegenseitig ernst. Weiter behauptete Tränkner, er sei angefeindet worden, als dann die zweite Nummer der "Neue" mit den Abhandlungen kam, habe keine Mutter Selbstmord verübt. Alle Schuld liege auf Seiten der Plesse, die ihn umgarnt und ganz bestreikt habe. Generaloberarzt Dr. Beukenbeck zeichnete die Plesse als leicht gemindert auffallend föhlbar, aber voll verantwortlich. Sie sei eine hysterische Person. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je zwei Monaten Gefängnis. In der Begründung kam zum Ausdruck, daß das Gericht die Schuld beider als gleich groß angesehen habe, bei der guten Bildung mußte die Plesse soviel Widerstand aufzeigen, nicht derartige umfangreiche Dieberien zu begehen, kraftvoll sei der Umfang, der hohe Wert und die Raffinerie ins Gewicht gefallen, eine Geldstrafe könnte nicht in Frage kommen. Bei Tränkner gelte die Strafe durch die seit Mitte Juni währende Haft als verdächtig, er habe sich in gemüthiger Beziehung in einer Zwangslage mit der Plesse befunden, andererseits durste er keinesfalls als Polizeibeamter sich derartig vergessen.

Pflege und Fütterung der Hühner während der Winter.

Der Federwechsel des Geflügels, die Mausen, beginnt in der Hauptphase im August. Zum Teil macht er sich auch schon vorher in geringem Grade bemerkbar. Der ganze Verlauf nimmt 2 bis 3 Monate in Anspruch. Er vollzieht sich manchmal auch rascher, ebenso wie er auch länger dauern kann. Beim regelmäßigen Verlaufe der Mausen und bei geübtem, sachgemäß gehaltenem Geflügel ist die Mausen vor Eintritt der fächeren Jahreszeit beendet. Während des Federwechsels sind die Hühner besonders empfindlich gegen Erfrierungen. An regnerischen und windigen Spätsommer- und Herbsttagen ist es deshalb vor allem wichtig, daß im Stalle keine Zugluft herrscht und für austrocknende trockene Gläser gehortet ist. Wenn sich unter den Sichtgläsern eine schmierige Düngerückicht bildet, so wird die Luft im Stalle immer feucht und ungesund sein. Man braucht aber nicht etwa jeden Tag frische Streu aufzubringen. Es genügt, wenn dies von Woche zu Woche geschieht. Aber man sollte täglich die Streusicht etwas auslockern. Diese Arbeit nimmt nur einige Minuten in Anspruch und sie mußte in jeder ordentlichen Geflügelhaltung regelmäßig ausgeführt werden. Erfrierungen kommen in solchen Ställen seltener vor. Ein trocken gehaltener, luftfreier, aber doch genügend gelüfteter Stall wirkt auf das gute Überleben der Hühner günstig ein.

Mit der Erneuerung des Federkleides ist ein größerer Verbrauch an Nährstoffen verbunden. Wenn in dieser Zeit nicht eine ausreichende Nährstoffausfuhr stattfindet, so leiden die Hühner und sie werden geschwächt in den Winter kommen. Von Hühnern, die in der Zeit der Mausen vernachlässigt

wurden und wird man kaum Winterreiter erwarten dürfen, das Hühner trifft man noch auf die merkwürdige Ausbildung, wenige Eier bringen, auch nicht in gleicher Weise wie zu anderen Zeiten gefüllt zu werden brauchen. Das die Küstle verkehrt ist, leuchtet ohne weiteres ein. Es empfiehlt sich, den Hühnern während der Mausen etwas Hafer zuzufüttern, was in Schrothform und in Beimengung zum Weißdurch Zusatz von Kleie erzielt, ebenso auch von einem Bisch zur Aufzehrung angenommen, davon über einen Vorteil erlangt zu haben, höchstens einmal, da er mit ihr gegeifen.

Auf Deller und Wenig sei alles abgerechnet worden, wenn er Sachen der Plesse verkauft, immer sei das Mädchen gekommen „Bub, ich brauche Geld“ und nur in solchen Augenblicken habe er deren Wünsche Rechnung getragen. Der Angeklagte will mehrfach abgelehnt und die Plesse verworfen haben, die ihrerseits das Gesagte sofort bekräftigte. Im Verlaufe der ganzen Verhandlung verhakten sich beide Angeklagte verschiedentlich in recht bedenklicher Weise gegenseitig ernst. Weiter behauptete Tränkner, er sei angefeindet worden, als dann die zweite Nummer der "Neue" mit den Abhandlungen kam, habe keine Mutter Selbstmord verübt. Alle Schuld liege auf Seiten der Plesse, die ihn umgarnt und ganz bestreikt habe. Generaloberarzt Dr. Beukenbeck zeichnete die Plesse als leicht gemindert auffallend föhlbar, aber voll verantwortlich. Sie sei eine hysterische Person. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je zwei Monaten Gefängnis. In der Begründung kam zum Ausdruck, daß das Gericht die Schuld beider als gleich groß angesehen habe, bei der guten Bildung mußte die Plesse soviel Widerstand aufzeigen, nicht derartige umfangreiche Dieberien zu begehen, kraftvoll sei der Umfang, der hohe Wert und die Raffinerie ins Gewicht gefallen, eine Geldstrafe könnte nicht in Frage kommen. Bei Tränkner gelte die Strafe durch die seit Mitte Juni währende Haft als verdächtig, er habe sich in gemüthiger Beziehung in einer Zwangslage mit der Plesse befunden, andererseits durste er keinesfalls als Polizeibeamter sich derartig vergessen.

Wenn abgängiges Geflügel ausgeschieden werden soll, so schlägt man es nie während der Mausen, da es in dieser Zeit einen geringen Fleischwert hat. Das Schlächten muß vor Eintritt der Mausen oder nach deren vollständigem Abschluss erfolgen.

St.

Turnen, Sport und Spiel.

Handball. Bei dem am Sonntag ausgetragenen Spiel Allgemeiner Turnverein Dresden-Wilsdruff — Allgemeiner Turnverein Niesa (4:0) lieferten beide Mannschaften ein flottes Spiel, das leider unter der Unentstehlichkeit des Schwedtstrikots stark zu leiden hatte. — Am 17. September findet ein Handballspiel zwischen Allgemeiner Turnverein Niesa und Turnerclub Cottbus statt.

Volkswirtschaftliches.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 4. September. Auktions: 1. Kinder: 217 Rößen, 186 Bullen, 381 Kalben und Rühe; 2. 461 Röder; 3. 457 Schafe; 4. 1404 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht. Rößen: 1. 6400—6600, D. 120, 2. 5700—6200, D. 114,50. 3. 4800—5200, D. 106,50, 4. 2800—4400, D. 7800 bis 8000, D. 136,25. Bullen: 1. 6100—6400, D. 107,75. 2. 5500—5800, D. 102,75, 3. 4600—5000, D. 92,50. 4. 2800—4200, D. 80, Kalben und Rühe: 1. 6400—6600, D. 120, 2. 5700—6200, D. 114,50, 3. 4800—5200, D. 111,25, 4. 3800—4400, D. 102,50, 5. 2200—3400, D. 82,50. Röder: 1. —, 2. 8200—8500, D. 134,75. 3. 7700—8000, D. 181, 4. 6500—7500, D. 127,50. Schafe: 1. 6500—6900, D. 134, 2. 5800—6200, D. 131,25, 3. 3000 bis 4600, D. 100, 4. 7200—7500, D. 134. Schweine: 1. 18200—18500, D. 175,25, 2. 14000—14300, D. 177, 3. 12200—12700, D. 168, 4. 9000—11000, D. 148, 5. 10500—12500, D. 153,50. — Durchschnittspreis pro Pfund. Ausnahmepreise über Rotis. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schwieren sämliche Speisen des Handels ab Stall, Frachten, Markt und Kaufstätten, Umladestationen, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Überstand: 10 Ocosen, 3 Bullen, 31 Rühe, 83 Schafe, 489 Schweine. Tendenz des Marktes: Kinder, Schweine leicht, Röder mittel, Schafe langsam.

Großenhainer Schweinemarkt 4. September 1922. Preis eines Fertels: 1200—1900 Mr. Ausnahmen über Rotis. Aufzehr: 64 Ferkel.

Die erkannte Person, welche auf dem Wege Tiefenau-Wülknitz die verlorene Brieftasche mit großerem Geldbetrage und Ausweispapieren an sich nahm, wird um baldest. Richtsache gegen hohe Belohnung erwartet.
Arthur Seidel, Görlitz.

Mr. Arndt handerte in Niesa ob. Umg. abhand, gekommen. Ges. gute Bel. abha. Bismarckstr. 2, 1. 1. Schäferhund zugelaufen. Abzuh. bei Klein. Lager Zeithain. R. B. 3. St. 1. Befreier Herr sucht 1. tof. mögl. Zimmer. Höhe des Amtsgerichts erwünscht. Angeb. erh. u. C. K. 9358 an Tagebl. Niesa.

Bildungsaufsch. Sich Wohnung, best. aus Stube, Kammer, Küche u. Jukebox, in Leisnig mit ebenerdiger oder groß. in Riesa zu kaufen. Angeb. u. C. K. 9344 an Tagebl. Niesa. Anbieter ist Arzt ausgebild. St. 5. 1. Ältereinhaber älterer Herr zu d. Wirtshafterin. Mitt. 40er. Angeb. unt. C. K. 9358 an Tagebl. Niesa.

Ich suche per sofort eine perfekte Buchhalterin. Bruno Richter, Kunstabreiter.

Verheirat. Wirtshafter in allen Arbeiten bewandert, sucht Stellung auf einem mittleren Gute. Zu erste. in Tagebl. Niesa.

Ber erlaubt Stenographie- und Schreibmaschinenunterricht? Angeb. an von Sennh., Wirtshaus Görlitz.

Bvereinsnachrichten

Schwimmklub "Otter" von 1908, Niesa. Mittwoch abend 8 Uhr Monatsvers. in Stadt Dresden. Vereinigung artstl. ges. Eltern. Morgen Mittwoch abend 8 Uhr Versammlung im Jugendh. Erziehungsverein. Donnerstag 7. 9. Sächs. Hof, 7 Uhr. Artillerie, Pioniere und Train. Donnerstag 8 Uhr abends Kronprinz. Gust. Ad. Frauenverein. Donnerstag 6. Möbius.

Höpplers Hotel.

Freitag, 8. Sept., 8½ Uhr. Bellachini, der un. experimental-Künstler. — Nächstes durch Blafate. — Garten zu 50, 35, 25 M. (einschl. Steuer) im Vorort. bei R. Abendroth, Hauptstr. Tel. 188 u. im Bgl.-Geb. Wittig, Wittenerstr., Tel. 445.

Café Promenade.

Mittwoch abend Konzert. Städte. Pianist. Cello.

Bahnhof Weissig

Donnerstag, den 7. September, abends 8 Uhr grosses Militär - Konzert von der Kapelle des 8. preuß. Infanterie-Regiments (Frankfurt a. O.)

Nach dem Konzert feiner Ball.

Rohschlachterei Schützenstr. 19.

Prima Fleischverkauf.

Tel. 273. Otto Gundermann.

Eisen, Metalle, Möbel

Lumpen, Papier

Zelle aller Art, spz. Siegen-

taust.

Nobprodukt-Einkauf

Karl Hofmann, Gröba, Dammweg, Teile, 462.

U- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe.

Kaufe jeden Blasen.

Einen Posten

T-Träger

und

Hausdiener

zu Fuß, Standby.

Gutgebendes

Speditionsgefässt

auf Gut oder Landhaus

zu tauschen. Offer unter

A. P. 608 Invalidenbank

Dresden.

Selbstläufer

findt Gut, Landhaus od.

Grundbesitz jeder Art

zu kaufen. Offer unter

L. O. 969 an Rudolf

Mosse, Leipzig.

Gänse

sind eingetr.

u. verkauf

presm. Hoff-

mann, Parkstr. 14. Tel. 292

Einfallslavier

zu verkaufen

Zeitbau Nr. 71.

Kleiderschrank

neu, Schreibst. i. Büro-

zecke, Schubkarren zu

verk. Goethestr. 9, Stbs.

Pflaumen

zentnerweise ab.

Hermann Alois.

Geschlechtsleiden!

Herrenleiden, Sitzst. Dienstleid.

Oberschlesiens Preußenbelenntnis.

Die zweite Abstimmung in Deutschlands umkämpftem Südmärk hat zu dem vorausgeschenken Ergebnis geführt. Beurteilung von Hundert der an der Abstimmung beteiligten Oberschlesier haben die Erkenntnis bestätigt, daß die Oberschlesier Preußen und Preußen sein wollen. Da nicht die Einheit, auch nicht der gerechte Völkerbund dieses Ergebnis "auszuwerten" haben, ist das Geschick der Provinz Oberschlesien im Verbande des preußischen Staates damit entschieden, und der Welt bleibt das Schauspiel erwartet, daß der Preußenadler auch vom Neberteil der oberschlesischen Erbschaft Friedrichs des Großen weichen muß.

Die Stimmabstimmung ist angeknüpft an den vorhergegangenen politischen Entwicklung mit etwa 70 bis 75 Prozent ansehnlich zu nennen. Hatten doch alle deutschen Parteien, zuletzt auch noch das Zentrum, die Wahlparole für Preußen ausgesetzt und damit das bisherige staatsrechtliche Verhältnis gesichert. Die für eine Autonomie abgegebenen Stimmen sehen sich also aus Nationalpolen und vielleicht einem Grüppchen der überall vorhandenen deutschen Querläufe zusammen. Die Vorgeschichte der Wiederabstimmung, mit der zum ersten Male der beschiedene § 18 der Reichsverfassung in Kraft getreten ist, reicht in die Zeiten des hochgehenben Abstimmungskampfes und psychologisch in die Revolutionsjahre 1918/1919 zurück. Stärker und vielleicht massenwirksamer noch als im Rheinland wirkten sich im nationalen Zerwühlten, blutdürstigen stark fremdbürtig durchsetzen Lande die loslösenden Kräfte aus. Die große Enttäuschung des Kriegsausgangs hatte auch Natioren angeworfen, die in ihrer Meinung als völlig unumstritten gesehen hatten. Hinzu kam das tollpatschige Gedröhnen Adolf Hoffmanns, der als sogenannter Kultusminister alle Gefühle der katholischen Bevölkerung mit Füßen trat. So wurde denn bald das Land mit einer Freitakt-Propaganda überchwemmt, deren eigentliche treibende Kräfte in Warschau und Prag sahen. Der Zeitungsverleger Wenzel, Herausgeber des in Königsberg erscheinenden "Oberschlesischen Kurier", eines unabhängigen Zentrumsblatts, lebte sich für eine polnischstaatliche Autonomie ein, die durch Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei garantiert werden sollte und das Land zum Anfangsfeind dreier Mächte gemacht hätte. Im Abstimmungskampf selbst machten sich die Polen das einmal in die Massen geworfene Schlagwort "Autonomie", unter dem sich niemand etwas rechtliches vorstellen wußte, zu Nutze. Sie verübt die Oberschlesier mit einer Provinzialautonomie zu fördern, die unendlich viel Paragraphen aufweist, hinter denen sich die Tatsache verbirgt, daß Warschau in allen wichtigen Fragen allein entscheidend blieb. Preußen hatte vorher schon auf die Vorstellungen oberschlesischer Kreise hin dem kulturellen und wirtschaftlichen sozial unruhigen Lande eine provinziale Selbständigkeit gewährt, deren reichsverfassungsmäßige Anstrengung noch durch besondere Garantien in bezug auf Minoritätschutz, Sprache und Religion ergänzt worden war. Um den Polen aber jeden Wind aus den Segeln zu nehmen und das Verhältnis der Reichsregierung für die oberschlesische Röte zu unterstreichen, wurde durch Reichsgesetz in Ausführung an den § 18 der Verfassung den Oberschlesern nochmals ausdrücklich und unter Begründung der Vorabstimmungsverordnungen das Recht gegeben, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bei Preußen verbleiben oder ein Land im Reichsverbande werden wollten.

Die Entscheidung des Völkerbundes, die den bedeutendsten Teil Oberschlesiens gegen den Willen der Bevölkerung den Polen zusprach, erleichterte dem Deutschland verbliebenen Restlande die Entscheidung. Seines industriellen Schwerpunktes beraubt, hätte der Restteil des ehemaligen Regierungsbezirks Oppeln nur unter schweren finanziellen Opfern und mit einer heute unmöglichlichen Belastung seiner Bevölkerung den kostspieligen Apparat eines eigenen Landes aufbauen können. Dieser Zwergstaat hätte außerdem im Nationalitätenkampf als Grenzland nicht den harten Rückhalt gehabt, den die Zugehörigkeit an den Großstaat Preußen doch eben einmal verleistet. Während die politischen Parteien, abgesehen von dem allerdings ausschlaggebenden Zentrum, von vornherein schon wenig Neigung für die Landesautonomie gezeigt hatten, verschloß sich lediglich Endes auch das Zentrum nicht der Erkenntnis der Lage und gab nachdem nochmals alle Garantien hinsichtlich der oberschlesischen Sonderbedürfnisse gegeben waren, ebenfalls die Parole für Preußen aus. So wird es denn höchstlich möglich sein, durch eine Flug den Verhältnissen sich anpassende Provinzialverwaltung Oberschlesi zu geben, was Oberschlesiens ist, und doch preußisch zu bleiben, sel's trüber Tag, sei's heiterer Sonnenschein.

Preußens Dank an die Oberschlesier. Die preußische Staatsregierung hat an den Oberpräsidenten in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: Mit gewaltiger Wehrheit hat sich die oberschlesische Bevölkerung am 3. September für das Verbleiben beim preußischen Staate ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung dankt den Oberschlesiern auf das wärmste für diesen Beweis der Treue. Sie wird ihren Stolz darin erblicken, in harmonischer Zusammenarbeit mit der Bevölkerung das Land zu neuer Blüte empor zu führen. Ministerpräsident Braun.

Gründung der dritten Völkerbundsversammlung.

Aus Genf wird gemeldet: Am Montag um 11 Uhr 15 Minuten eröffnete der Vertreter Brasiliens, da Gama, in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundsrats die dritte Völkerbundsversammlung. In einer kurzen Ansprache, in der er der pessimistischen Auffassung, die über den Völkerbund und seine Lebensfähigkeit verbreitet ist, entgegentrat, wies er auf die umfassende Tätigkeit hin, die der Bund im Laufe des Jahres entfaltet habe, und die im Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs niedergelegt sei. Der Völkerbund sei nicht tot, sondern endgültig in das internationale Leben der Völker eingetreten. Schließlich verliefte er, die Befürchtungen jener zu zerstreuen, die im Völkerbund einen Nebenstaat säben, und forderte die Versammlung auf, sich nicht entmutigen zu lassen und auf dem bewährten Wege fortzudreißen. Hierauf wählte die Versammlung eine gebildete Kommission zur Prüfung der Völkerbund und vertagte sich auf nachmittag, um die Wahl des eudgütigen Präsidenten der Versammlung vorzunehmen. Die Stimmung unter den Delegierten war ruhig und von der lebhaftesten Geschäftigkeit frei, die man in den ersten beiden Jahren beobachten konnte. Auch die Kräfte des Präsidenten, der reichslicher Befehl gespendet wurde, führte nicht zu den gewohnten begeistersten Aufforderungen. Die ganze Sitzung hatte nur 20 Minuten gedauert.

Die Völkerbundsversammlung schritt in ihrer Nachmittagsession zur Wahl ihres Präsidenten. Der Wahlkampf wurde vollzogen, ohne daß vorher aus der Versammlung Wahlkandidaten benannt worden waren, da sich die Delegierten bereits vorher mit den Namen der Vertreter von Chile, Edwards, bolivianischer Gesandter in London, geeinigt hatten. Es wurde mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen gewählt: eine Stimme erhielt der schwedische Delegierte Wotta, eine andere - Delemano - lenores.

Bradbury über das Reparationsproblem.

Entweder Herauslösung der Reparationen oder Zusammenbruch.

Agence Havas meldet aus Paris: Bradbury empfing Montag abend die Vertreter der britischen Presse und gab Erklärungen über das Reparationsproblem ab. Er sagte u. a.: Die Frage der Garantien für die Schatzkasse interessiert allein die belgische und die deutsche Regierung. Indes würde es für das Interesse Deutschlands und für das Interesse der Reparationen nachteilig sein, wenn für einen beträchtlichen Teil der jährlichen Zahlungen Goldreserven der Reichsbank in Anspruch genommen werden würden. Im Augenblick kann von einem britischen Beitrag zur Herstellung des notwendigen Garantiefonds nicht die Rede sein. Bradbury führte weiter aus, ohne Herauslösung der gesamten Reparationssumme oder Herauslösung der jährlichen Zahlung während einer gewissen Periode könne der Kredit Deutschlands nicht wieder hergestellt werden, und ohne seine Wiederherstellung werde das Finanzsystem Deutschlands und mit ihm die Hoffnung auf Reparationen unvermeidlich zusammenbrechen. Gegenwärtig sei die dringendste Aufgabe, daß die Reform der inneren Finanzen Deutschlands mit Energie in Angriff genommen werde, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und der Inflation Einhalt zu tun. Die Reparationszahlungen im vor und in natura seien im Augenblick auf einen derartigen Betrag vermindert worden, daß es möglich sei, sie aus dem Budget zu befriedigen.

Die von Belgien verlangten Garantien.

Agence Beloei meldet aus Brüssel: Die Minister Theunis und Halvar empfingen Montag die belgischen Delegierten Delacroix und Bremelmann, sowie den Bankier Philippou, der der belgischen Delegation für Berlin beigegeben werden wird. Zur Beratung standen die Garantien, die man von Deutschland für die Wechsel verlangen soll, die Belgien gegeben werden. Theunis drückte den Wunsch aus, daß die Verhandlungen mit möglichster Eile geführt werden und daß die belgischen Delegierten, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollten, die eine tatsächliche Bezahlung ermöglichen werden.

Präsident Edwards hielt darauf eine längere Ansprache an die Versammlung, der er festbewegt den Dant für die Wahl ansprach, die er vor allem als eine Erhebung des lateinischen Amerika auffasse. Am Vorabend der panamerikanischen Konferenz von Santiago werde mit ihm Amerika eine Predigt über die Anerkennung der wesentlichen Rolle empfinden, die es nach Ansicht des Völkerbundes im internationalen Streben nach Frieden und Gerechtigkeit zu spielen berufen sei. Präsident Edwards kennzeichnete dann nach einigen ehrenden Worten die seine Vorgänger auf dem Präsidentensitz die Aufgaben der diesjährigen Völkerbundversammlung folgendermaßen: Sie müsse die Festigung des bisher Erreichten, vor allem der in den beiden letzten Jahren geschaffenen Völkerbundorganisationen erzielen. Mit einer diskreten Wendung wies Präsident Edwards auch auf den universellen Charakter des Völkerbundes hin und schloß unter allgemeinem Beifall mit einem lebhaften Appell an die Mitarbeit aller Delegierten. Der Vorschlag der chilenischen Regierung, die Frage der Abrüstung auf dem panamerikanischen Kongress, welcher im kommenden März in Santiago abgehalten wird, zur Sprache zu bringen, war am Sonntag der Gegenstand einer eingehenden Diskussion im Ausschuß des Völkerbundes für Rüstungsschränkungen, der die Hoffnung ausprach, daß der Kongress in Santiago zu praktischen Ergebnissen innerhalb der allgemeinen Regelung für die Völkerbundmitglieder auf dem Abrüstungssiede führen möge. Des weiteren sprach sich die Kommission für eine internationale Konferenz aus, die die Frage besonderer Festlegungen für den privaten Waffenhandel zu regeln hätte.

Das Abkommen mit Stinnes.

Marcel Gutin hatte, wie aus Paris gemeldet wird, eine Unterredung mit dem Senator de Luberac über die Vereinbarungen, die dieser mit Stinnes getroffen hat. Nach einem Bericht im "Echo de Paris" hat die Einleitung der Abmachung folgenden Wortlaut: "Zwischen Herrn de Luberac und Herrn Stinnes hat Herr de Luberac die ausnehmend kritische Lage auseinandergesetzt, in der sich noch heute die französischen Geächtigten der verwüsteten Gebiete befinden, die noch ohne Rückhalt wären, und bat den lindenden Einfluß auf die französisch-deutschen Beziehungen hervorgehoben, der aus einer wirksamen Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete sich ergeben würde. Stinnes habe sich diesem Gesichtspunkte de Luberacs angeschlossen und habe in der Absicht, seinen Wunsch fundatur zu regeln und dabei in der Absicht, seinen Wunsch fundatur zu regeln und dabei die Absicht veräußert."

Es folgte dann eine Abmachung, durch die Stinnes sich verpflichtet, dem Verband Materialien zu liefern. Es sei das, erklärte Herr de Luberac, ein Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten legal durchgeführt werde, den Wiederaufbau der zerstörten französischen Städte und Dörfer in besonderer Weise erleichtern könnte. Nach Frankreich aufgeladen, habe er, wie das in der Abmachung festgelegt sei, der französischen Regierung sofort Mitteilung von der Abmachung gemacht. Um den Kontrakt möglichst nützendringend zu verwerten, habe der Verband ein besonderes Naturförderungsamt geschaffen, das sich aus dem Präsidenten und den Verwaltungsratsmitgliedern des Verbandes der Coopératives, des Verbandes der Architekten und des Nationalverbandes für Bauhandwerk und öffentliche Arbeiten zusammensezten.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

In der alle Länder zumeist durch ihre Ernährungs- und Landwirtschaftsminister vertretenen, wurde Montag morgen in Hamburg im Plenarsaal des Rathauses durch Bürgermeister Dr. Dieckel im Namen der Hamburgischen Regierung begrüßt. Ernährungsminister Hebe eröffnete die allgemeine Diskussion über die Lage, wobei in erster Linie die Frage der Getreide- und FleiserverSORGUNG besprochen wurde. Staatssekretär Dr. Heinrich gab eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen Lage auf diesem Gebiet. Hierauf begann die Einzelansprache.

Maßnahmen gegen das Schlemmerunwesen.

Als zweite der angekündigten Maßnahmen des preußischen Ministeriums des Inneren im Kampf gegen Bäcker und Schlemmerunwesen veröffentlicht der Amtliche Preußische Presseblatt am Montag zur laufend weitgehenden Einschränkung des Anschlages von alten Getreidesorten sowie des Kleinhändels mit Branntwein und Spiritus eine Verordnung gegen das Überhandnehmen der Bäckereien und Bäckerei.

Die beiden belgischen Delegierten haben mit Philippson ihre Reise nach Berlin angezettet. Eine Brüsseler Temporemeldung bezeichnet die Brüsseler Stimmung als optimistisch. Eine interessante Ergänzung dieser Meldung wird durch ein Interview gegeben, das einer der belgischen Delegierten, dessen Name nicht genannt wird, dem belgischen Berichterstatteter des "Intransigeant" gewährt. Danach werde Belgien Garantien verlangen, die es ihm ermöglichen, 270 Millionen deutscher Schatzwechsel, je nach Bedarf ganz oder teilweise bei der Bank von England oder bei der Holländischen Bank oder dem Garantienkredit bei sich zu beliehen. Als deutsche Garantie würde es genügen, wenn die Reichsbank sich verpflichte, einen der Garantiensumme entsprechenden Teil ihres Goldbestandes unter allen Umständen unverhüllt zu lassen. Belgien hätte kein Interesse daran, die Goldwerte der Reichsbank wegzunehmen und anderswo zu deponieren. Es sei Deutschland freigestellt, seine Vorschläge in Bezug auf die erforderlichen Kredite zu machen.

Zur Antwort Poincarés auf die Balfour-Note.

Der politische Berichterstatteter des "Daily Express" schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung dem in Poincaré's Antwort auf die Balfour-Note enthaltenen Vorschlag zur Ablösung einer alliierten Konferenz im Herbst über die Kriegsschulden und Reparationen zustimmen werde. In britischen Regierungskreisen bestehet aber keinerlei Wunsch, sich auf eine polemische Erörterung einzulassen zu einer Zeit, wo jede Anstrengung gemacht werden müsse, um die europäische Lage zu bestimmen. Die britische Antwort werde sich daher in der Hauptsache mit den größeren in Verdracht stehenden Fragen befassen. Die britische Regierung begnüge die umfassende Ansicht Frankreichs bezüglich der allgemeinen Lage. — "Daily Telegraph" schreibt: Der französische Premierminister erhoffte die Teilnahme Amerikas an der Herbstkonferenz in Brüssel. Inoffizielle Anstrengungen würden bereits zu diesem Zwecke gemacht und seien das Ergebnis der Rolle, die der amerikanische offizielle Delegierte Logan auf der letzten Reparationskonferenz gespielt habe. Es werde erklärt, daß der verbindliche Geist, den Poincaré im letzten Augenblick an den Tag gelegt habe, auf den Rat zurückzuführen sei, den Logan ihm erteilt habe.

Arbeiterkundgebungen in der Provinz Sachsen.

Wie die "Neue Berliner 12 Uhr-Zeitung" meldet, fanden in der Döllnitz und Mansfelder Region in den letzten Tagen verschiedene große Arbeiterversammlungen statt, in denen im Anschluß an die Teuerung zum allgemeinen Kampf aufgerufen wurde. Es wurden Enthaltungen gefordert, in denen die Arbeiter, Gewerkschafter und Arbeitnehmer aufgerufen werden, die von ihnen vorgetragenen Wünsche durch den Kampf der Arbeiterschaft sofort zu verwirklichen und den Kampf gegen die Ausbeutung und Auseinandersetzung.

Abstimmung der "Noten Fahne".

Die "Noten Fahne" vom 3. September meldet, daß in Berlin zwei Transportzüge mit Reichswehr eingetroffen seien und zwar in Erwartung von Hungerunternehmen. In Wahrheit handelt es sich, wie das Reichswehrministerium mitteilt, um eine regelmäßige Abföhrung. Am 1. September wurden zwei Kompanien, die bisher in Berlin den Wachdienst verlaufen, planmäßig durch zwei andere ersetzt entsprechend einem seit Monaten feststehenden Ablösungsplan.

Bessere Bäckerversorgung?

Aus Berlin wird berichtet: Auch in diesem Jahre ist die Zuckerproduktionsfläche weiter vermehrt, die Steigerung ist nicht gering und beträgt 5,5 Prozent, gleich 250 Hektar. Wenn sie allerdings den Befriedungstand nicht erreicht, so ist das nicht entscheidend für die innere Bäckerversorgung Deutschlands, weil wir im Frieden das größte Zuckerkonsumland der Welt gewesen sind. Die Zuckerausfuhr hat aber so gut wie ganz aufgehört, wir müssten im Gegenteil die Grenzen für freie Zuckereinfuhr öffnen und dabei sind bisher auf den Kopf der Bevölkerung noch kaum ein Pfund Zucker eingeführt worden, obwohl der Verbraucher der rohstoffreiche Zucker fast ausschließlich als Auslandszucker angeboten wird und die Fabrikpreise bis vor kurzer Zeit noch 14 Mark für das Pfund betragen haben. Hier läuft sich ohne weiteres eine Beweicherung und ein Betrug der Bevölkerung feststellen und die Regierungen werden gut tun, gerade auf die Wirkunde ihr Augenmerk zu richten. Denn nur, wenn dem Missbrauch geschnitten wird, kann das ältere Ergebnis eine bessere Bäckerversorgung sicherstellen und selbst die bisherige Ernte würde zur Versorgung der Bevölkerung bei einigen Einschränkungen der zuckerverarbeitenden Industrien ausreichend gewesen sein.

Die Teuerungsalaktion der Beamten.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit den Spartenorganisationen haben Montag nachmittag 2 Uhr im Reichsfinanzministerium begonnen und dauern noch an. Sie sollten voransichtlich im Laufe der vergangenen Woche abgeschlossen werden.

Das Aktionsprogramm der beiden sozialistischen Parteien.

Die Parteivorstände der beiden sozialistischen Parteien berieten seit Montag vormittag über die beiden Entwürfe eines gemeinsamen Aktionsprogrammes. An der Beratung nahmen von der SPD die Abge. Wels, Müller, Molkenbuhr, Barthel, Braun und Wannicke teil, von der Zentralleitung der USPD Gräppl, Hilferding, Ludwig und Dittmann. Dem Nürnberger Einigungsparlament soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzurichten, die sodann gemeinsam ein allgemeines Programm erläutern soll. — Weiter wird gemeldet: Bei den getragenen Verhandlungen der Parteivorstände der SPD und der USPD wurde volle Einmütigkeit über das gemeinsame Aktionsprogramm erzielt. Das Programm soll im Laufe des heutigen Tages der Presse beider Parteien zugestellt werden.

Streitgefahr in der Berliner Metallindustrie.

Aus Berlin wird uns berichtet: Die Urabstimmung, die im Berliner Metallarbeiterverband über die Annahme des Schiedsgerichts vorgenommen worden ist, hat das Ergebnis gebracht, daß bei starker Wahlbeteiligung weder eine Mehrheit für die Annahme noch die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streik zustandegekommen ist. Allerdings fehlten an der abgängig gemäß vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit nur wenige tausend Stimmen. Hieraus entnehmen die radikalen Elemente die Berechtigung zu einer neuen Streitfrage, die vielleicht zunächst zu "wilden" Auseinanden in den Betrieben mit radikalisierten Belegschaften führen wird. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes hat allerdings

Ihren Sagen entsprechend, den Arbeitgebern die Un- nahme des Schiedsgerichts, der den Arbeitern sehr bedeutende Lohnverhältnisse sichert, aber zugleich eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48% auf 48 Stunden vorsieht, umfasst. Gegen diese Arbeitszeitverlängerung richtet sich aber der erbitterte Widerstand der Kommunisten, die in der Arbeiterschaft der großen Werke der Metall- industrie ihre Kämpfergruppen haben. Unter dem Druck dieser Linksbolschewisten will auch der Ortsverwaltungsvorstand, der politisch den Unabhängigen nahesteht, versuchen, mit den Arbeitgebern neue Verhandlungen über die Arbeitszeit- regelung einzuleiten. Über mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, im Interesse der Volksgesamtheit die Arbeitsleistungen und die Produktion kräftig zu steigern, werden die Arbeitgeber jedenfalls wenig Neigung zeigen, gerade in dieser Hinsicht nachzugeben. Für diesen Fall aber droht der radikale Teil der Berliner Metallindustrie noch immer mit einem Streik, der, wenn nötig, ohne die Verbandsleitung geführt werden soll. Diese kritische Lage in der Berliner Metallindustrie ist weit über die Grenzen der Reichshauptstadt hinaus von allgemeiner volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, denn erstens beschäftigt die Berliner Metallindustrie mehr als hunderttausend Arbeiter, und dann werden ihre Arbeitsbedingungen außerhalb Berlins vielfach zum Muster genommen. Nachdem erst kürzlich in Süddeutschland ein Metallarbeiterstreik um die verkürzte Arbeitszeit geführt worden ist, nun der Ausgang des Streiks, um in Berlin wenigstens wieder zum vollen Achtstundentag zu gelangen, als bedeutungsvoll für das ganze Reich angesehen werden. Man darf allerdings zurzeit noch hoffen, daß die Streiklust gewisser Kreise durch die Unmöglichkeit, für so große Massen unter den heutigen Lebensverhältnissen die nötigen Streikgelder aufzubringen, wesentlich gedämpft werden wird. Die Haltung des Verbandsvorstandes zeigt jedenfalls, daß die verantwortlichen Kreise im Metallarbeiterverband im Inneren ihres Bezirks froh wären, wenn die 48-Stundenwoche in Berlin kampflos wieder eingeführt werden könnte.

Widerstand gegen Überschichten im Bergbau.

Und Essen wird gemeldet: Der Allgemeine Bergarbeiter- verband und die übrigen Bergärbeiter- und Gewerkschaften haben sich, wie die "Rhein-Berg. Blg." berichtet, gegen die Erweiterung der Überschichten im Bergbau ausgesprochen, die zur Garantierung der Reparationsleistungen in dem Plane von Stünnes vorgesehen waren. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft tretenden Überschichteneinkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der körperlichen Beschränktheit der Bergleute aus Schwierigkeiten störe.

Englischer Gewerkschaftskongress.

Auch in England Millionen Menschen am Rande des Verbungens.

Aus London wird gemeldet: Tausende erschließen in einer Reise in Southport im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress, der Montag eröffnet worden ist, in England Städten Millionen Menschen am Rande des Verbungens, und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Volker regeln.

An dem Kongress selbst nahmen 800 Delegierte teil, die 5-6 Millionen Arbeiter vertreten. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Waller, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederaufbaus des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitgeber bemerkten die Wirtschaftslage, die schlecht sei und jeden Tag schlimmer werde, als Enttäuschung für ihre Versuche, die Löhne herabzudrücken. Sie möchten den Arbeitern auch das Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Industrie, in der sie beschäftigt sind, abnehmen. Neben allen Arbeitern hängt, wie das Schrift auf einem Faden, die ewig drohende Arbeitslosigkeit. Das

greife den Fabrikanten zum Vorfall, die diesen Worten bis zur äußersten Grenze ausnutzen. Die Arbeitsschlacht werde in der kommenden Zeit in erstickendem Maße zunehmen. Zum Schluss trat Waller für eine Revision des Versailler Vertrags, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmen auf dem Festlande ein. Die Arbeitnehmer werden nicht mehr dulben, immer nur Figuren in dem Schachspiel der Magier zu sein. Diese Frage sei für sie und ihre Freunde zu einem anderen Landern eine Frage des totalen Kriegs. Sie verlangten, daß sie geregelt werde, und würden dies auch durchsetzen.

Die Niederlage der Griechen.

Nach einer Kurzmeldung aus Konstantinopel haben auf Einladung der Monarchen englische, französische, italienische und amerikanische Generäle erhalten, nach Smyrna zu fahren. Ein Ministerrat hat über die militärischen Ereignisse beraten. Der Großwesir begab sich darauf zum Balkan, um dem Sultan über die Lage Bericht zu erläutern. Der "Evening Standard" berichtet, die griechische Regierung sei an die alliierten Regierungen herangeführt, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Kriege herzustellen. In nachgehenden Kreisen in London wurde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna als auch die innere Lage sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Frieden freudig räumen. Die Lage der Athener Regierung sei kritisch: Venizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Viele griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung.

Über die türkisch-griechischen Kämpfe berichten

Meldungen aus türkischer Quelle die Erroberung von Ilos.

Die Pariser Blätter veröffentlichen gleichzeitig eine Nachricht aus Athen, die diese Meldung bestätigt. Ferner liegen hier

Meldungen vor über die unmittelbar bevorstehende Befreiung von Brusia durch die Türken, die nur noch 20 Kilometer

von dieser Stadt entfernt sind.

Der Reichspräsident in Niel.

Der Reichspräsident sowie der preußische Staatsminister Dr. Voelz sind am Montag morgen von Bremen kommend in Niel eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich eingefunden die Reichsminister Dr. Behler und Dr. Radbruch, sowie Staatssekretär Schulz. Außerdem waren zur Begrüßung anwesend der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein Kübis und der Oberbürgermeister der Stadt Niel Dr. Quecken. Nach der Begrüßung erfolgte die Fahrt in Automobilen zum Rathaus, wo sich inzwischen zahlreiche Gläubige im großen Sitzungssaal der städtischen Kollegen versammelt hatten. Oberbürgermeister Dr. Quecken begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache. Redner sprach auch von der Not der deutschen Städte und von der Not der Stadt Niel im besonderen. Die Städte könnten sich allein nicht helfen, sondern Hilfe könne nur vom ganzen Reich gebracht werden. Von den Räten der Stadt Niel sei besonders viel zu sagen, denn sie habe durch den Krieg die Quellen ihres Lebens, die Marine, fast ganz verloren und sei nun daraus angewiesen, neue Lebensquellen zu gewinnen. Redner kam dann auf die am Sonntag eröffnete 3. Meierei Herdwiese für Kunst und Wissenschaft zu sprechen, die in der alten Universität und in dem mustergültigen Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr ihre Quellen habe. Darauf nahm der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein das Wort zu einem Willkommensgruß. Er wies darauf hin, wie Niel ehemals eine Werkstatt für den Frieden, nunmehr eine solche des Friedens sei. Die Umstellung Nils in so kurzer Zeit sei ein glänzendes Zeugnis für Deutschlands Kraft und Schaffensfreude, und wie in Niel, so sei es auch in den übrigen Städten der Provinz. Redner kam dann auf die von den dänischen Nationalisten eifrig betriebene Propaganda zu sprechen, darauf gerichtet, das ganze ehemalige Herzogtum Schleswig-Holstein Dänemark einzuerleben und die Grenze nach Süden bis zur Eider zu verlegen. Diese grohdänische Propaganda sei zu

einer großen Waffe für das Dänemark in der vorausliegenden Kriegszeit, der gegenüber alle Kräfte zusammengefaßt werden müßten.

In seiner Eröffnungsansprache sagte der Herr Reichspräsident u. a.:

"In Ihrer Arbeit für die wirtschaftliche Zukunft Niels haben Sie, meine Herren, in dankenswerter Weise nicht vergessen, auch dem geselligen Leben der Stadt und der ganzen Provinz Niels Aufmerksamkeit zuzuwenden: Sie sind mit kluger Ingang betreut, aus aus dem reichen Schatz unserer Kultur Siehe zum deutschen Kultus zusammengetragen und aus den Werken der Zeit als Schätze der Bevölkerung zu diesem dem ganzen Volk gemeinsamen geistigen Welt einzuführen. Diesem schönen Gedanken steht heute in dritter Wiederkehr die Meierei Herdwiese für Kunst und Wissenschaft: Sie haben Ihre künstlerischen und theatralischen Darbietungen diesmal vorwiegend in den Dienst der Romantik gestellt und damit in unsere Zeit der Maschinen, der äußerlichen Leistung, des materiellen Lebens und einer barten Wirklichkeit die Punkt eines Zeitalters der sozialen Unverträglichkeit, des subtilen Gemüts und der schwermüthigen Phantasie gestellt. Ein starker Gegensatz und doch so berechtigt: Wie bedürfen gerade heute nach der harten Arbeit des Tages der rubigen Stimmung des Abends, des Schlechtesinnens, des Innenlebens; wie müssen uns gerade in der Not der Zeit mehr auf das Gemüt und auf das reiche Leben unserer Kultur, auf die unermüdliche Größe unserer Kultur befreien. Das Bewußtsein des Mittelpunktes dieser Kultur der Nation, der Teilhaftigkeit an den geistigen Schätzen Deutschlands, ist eine der dauerhaftesten Grundlagen des Gemeinschaftsgeistes und der Einheit, die wir mehr als alles brauen. — Bei der Ankunft war auch beim Verlassen des Rathauses wurde der Reichspräsident durch fehlende Befreiung eines zahlreichen Publikums beruhigend begrüßt.

Unter Teilnahme des Reichspräsidenten fand Montag vormittag in der Aula der Kieler Universität ein Festakt statt. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Jacob, umgeben vom Senat und Professoriat, hielt eine Ansprache, in der er nach herzlichen Begrüßungsworten auf die großen Verdienste hinnahm, die sich der Reichspräsident bei der Neugestaltung des staatlichen Lebens erworben habe. Sodann hielt Prof. Dr. Bavenheim einen Vortrag über "Die Welt des Heutes". Anschließend an den Besuch in der Universität begab sich der Reichspräsident zu einer Besichtigung nach dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr.

Im Laufe des Nachmittags besichtigte der Reichspräsident die Hafen- und Industrieanlagen der Stadt. Im weiteren Verlaufe seines Besuchs wohnte er der Aufführung des Hirtenuedes von Gerhart Hauptmann im Schauspielhaus bei. Auf dem Wege dorthin durchfuhr er mit seinem Wagen ein Spalier von Soldaten, das sich bis zum Volksbank erreckte. Hier hatten sich wiederum Tausende eingefunden, um den Reichspräsidenten nochmals zu begrüßen. Der Reichspräsident nahm Gelegenheit, einige Worte an die Menge zu richten. Er sagte:

"In Ihrer Kundgebung zum Reich und seiner Politik liegt das Bekenntnis zu den Fortschritten, die Demokratie und die Republik zu festigen und zu fördern, ein Bekenntnis zu den Fortschritten, unter unterdrücktes Vaterland wirtschaftlich und sozial wieder aufzurichten, aber auch ein Bekenntnis gegen die Vernichtungspolitik unversöhnlicher Machtpolitiker, ein Bekenntnis zu dem Kampf um unterstaatliches und unter wirtschaftlichen Dasein, unter Dasein als Volk und als Staat. In diesem Kampf um unsere Selbstbehauptung werden wir die Mitwirkung aller Volksgenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer festgefügten Volkgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir zu rufen: 'Die deutsche Republik, das deutsche Volk, das deutsche Vaterland — sie leben hoch!'

Mit dem stürmisch aufgenommenen Hoch schloß die Kundgebung. Am Laufe der Nacht begab sich der Reichspräsident mit dem Reichswehrminister an Bord des Kreuzers "Braunschweig" zur Teilnahme an den Manövren in der Nordsee.

Gefälschte Hoffnungen.

Roman von Ernold Aug. Nülg. 33

"Ich finde hier einen merkwürdigen Empfang," erwiderte er, während er dem alten Mann folgte. "Ich komme hierher, um mit Ihnen einige Worte zu plaudern."

"Das können wir nächster immer noch tun," unterbrach Franz ihn in einem Ton, der offenbar ihn bestimmen sollte, die Herrschaft geht vor, ich möchte Sie sofort anmelden, der Herr Baron darf nicht glauben, daß ich vorher —"

"Nächster werde ich schwerlich Zeit haben, denn länger wie eine Stunde kann ich mich hier nicht aufzuhalten!"

"Na, wenn Sie ein gutes Geschäft machen, hat ja der Feuerwehr nichts zu bedenken."

Der Kammerdiener legte nach diesen Worten die Finger auf die Lippen und deutete auf die Türe des Familienzimmers, die er gleich darauf öffnete und hinter dem eintretenden Niesen wieder schloß.

"Ich hoffe, er wird einen guten Einbruck auf den quälenden Herrn machen," sagte er leise, während er in sein Zimmer zurückkehrte, "das Geschäft wäre ihm zu gönnen, und ich erfülle dann wohl auch manches, was mir sonst verschwiegen bleibt."

Und diesen Eindruck schien Mag Friedeberg in der Tat zu machen. Franz wurde schon bald wieder ins Familienzimmer beziehen, er mußte dem Doktor antworten, mit dem Baroness Meta sich lebhaft unterhielt, während der alte Baron an seinem Schreibtisch saß und in vergilbten Papieren blätterte.

Eine Stunde war längst verstrichen, als der Rechtsanwalt in das Zimmer seines Onkels zurückkehrte.

"Um?" fragte der Kammerdiener erwartungsvoll. "Haben Sie den Antrag erhalten?"

"Jawohl," sagte Friedeberg ernst, "und er wird nicht schwer auszuholen sein, wenn Baron Paul aufrechtig ist."

"Ich trage seinem Onkler nichts; der Wunsche scheint mit allen Kunden gehobt und ein schlechter Ratgeber zu sein. Nun, Sie werden ihn ja kennen lernen; Ihnen Sie verrätet, daß Baron Paul ihn mit hircher bringt, so tun Sie es."

Der Rechtsanwalt hatte sein Portemonnaie aus der Tasche geholt, er nahm einige Papiere heraus, die er sorgfältig prüfte.

"Es ist alles in Ordnung," sagte er bestreitend, "ich kann nach meiner Ansicht sofort beginnen. Manches in dem Bericht des Herrn Barons ist mit unscharf geblieben. Der älteste Sohn aus erster Ehe ist verschollen?"

"Seit einigen Jahren, jawohl."

"Der Herr Baron sagte mir, er habe sich gegangen gefehlt, ihn zu entdecken."

"Auch das ist richtig."

"Was zwang ihn dazu?"

"Der gräßige Herr es Ihnen nicht gezeigt."

"Nein."

"Dann darf ich es Ihnen auch nicht sagen, Herr Doktor," erwiderte Franz schiefzügig, "die Geheimnisse der Herrschaft muss ich treulich hüten, Sie werden mir meine Weigerung nicht verstehen können."

"Es ist nicht Neugier, was mich zu der Frage bewegt," sagte der Rechtsanwalt, "im eigenen Interesse des Herrn Barons möchte ich klar sehen, um ihm guten Rat geben zu können. Wenn man eine Kind die Rechte der Erstgeborenen verfugt will, so muß man das sehr triftige Gründe haben, die das Gesetz als solche anerkennt —"

"Und solche Gründe sagen hier vor," unterbrach der alte Mann ihn ehrig, "Gelinde, deren Gütekeit niemand bestreiten kann."

"Vielleicht nur eins Mißheil!"

"Wenn es nur das gewesen wäre! Forschen Sie nicht weiter, Herr Doktor, ich darf Ihnen keinen Aufschluß geben, so lange die Herrschaft es nicht getan hat. Baron Kurt hat sein mittleres Erbe erhalten und dabei auf alle weiteren Erbrechte verzichten müssen. darüber ist ein notarieller Akt aufgenommen worden, und mit dem Rest seines Geldes hat der Erstgeborene Europa verlassen, um in einem anderen Weltteil sein Glück zu versuchen. Seitdem ist er verschollen; aber wäre er es auch nicht, für dieses Haus würde er ein Totem sein und bleibend."

"Und nun ist Baron Paul der einzige Erbe?"

"Der einzige."

"Um, wenn nun Baron Paul ein bürgerliches Mädchen heiraten wollte, was würde der alte Herr dazu sagen?"

"Um Gotteswillen, beachtigt er das?" sang der Kammerdiener, in dessen erbleichendem Gesicht die höchste Bestürzung sich spiegelte. Er ist vielleicht gar schon verlobt."

"So viel ich weiß, noch nicht, aber ich kann eine junge Dame, die sich mit der Hoffnung trägt, Frau Baronin von Holbach zu werden. Sie ist aus einer ehrenhaften, bürgerlichen Familie; glauben Sie, daß der Herr Baron Vertram seine Einwilligung geben würde?"

"Niemals!"

"Auch nicht, wenn Baron Paul nur unter dieser Bedingung —"

"Nehmen Sie nicht von Bedingungen," sagte Franz mit einer abwehrenden Handbewegung, "Baron Vertram läßt sich keine Bedingungen vorschreiben, und von diesem Sohne am wenigsten. Wenn Sie jene Dame kennen, so raten Sie ihr, allen Hoffnungen zu entlaufen und nicht zwischen Vater und Sohn zu treten; sie selbst würde dabei zu Grunde gehen. Baron Paul wird nicht so töricht sein, den Sohn seines Vaters heranzufordern, überdies hat er sich schon bereit erklärt, um die Hand der Dame zu werden, die er nach dem Willen seines Vaters heiraten soll."

"Wer ist diese Dame?"

"Die Tochter eines Gutsbesitzers, Geldelein v. Steenberg. Beide Väter wünschen die Verlobung, die Güter sollen später vereinigt werden. Diesen Wunsch gegenüber will die Geliebte mit einem bürgerlichen Mädchen wenig bedenken."

"Sie haben Recht," sagte Friedeberg gedankenvoll; "Ich glaube indessen nicht, daß wir vorliegenden Fall von einer bloßen Geliebte die Rede sein darf. Es wäre nicht ehrenhaft von Seiten des Herrn Barons, wenn er einem unbescholtenein Mädchen aus guter Familie den Kopf verdrehen wollte, mit um —"

"Vieber Herr Doktor, nennen Sie es Liebesel oder ernste Verlobung, oder wie Sie wollen, ich geb Ihnen die Sicherheit, daß unser gnädiger Herr niemals in solche Misshandlung einwilligen wird. Baron Paul hängt noch von seinem Vater ab, der alte Herr kann noch sehr lange leben —"